bundeswehr-journal
Unabhängiges deutsches Militärmagazin

Schwerpunktthema:
Bundeswehr im Bündnis

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die anschließende Verschuldungskrise innerhalb der Europäischen Währungsunion hat den alten Kontinent tief getroffen. Auch der Verteidigungssektor leidet: das Problem der schrumpfenden Militärbudgets wurde in den vergangenen Jahren durch die globale und die kontinentale Entwicklung noch um ein Vielfaches verschärft.

Zusätzlich zu den wirtschaftlichen und haushaltspolitischen Herausforderungen und Zwängen wird Europa in Zukunft noch eindeutiger als bislang sicherheitspolitische Entscheidungen treffen und militärpolitische Initiative übernehmen müssen. Globale Kräfteverschiebungen und neue Krisenherde – beispielsweise in Nordafrika oder im Mittleren Osten – werden dies erzwingen. Gleichzeitig reduzieren die USA ihre Präsenz in Europa und wollen einen Teil der Verantwortung im Bereich der Bündnisaufgaben und Bündnisausgaben an die Europäer abtreten.

Der Niederländer Ton van Osch, seit 2010 Generaldirektor des Militärstabes der Europäischen Union (EU), warnte im Februar 2013 bei einer Anhörung im Verteidigungsausschuss des EU-Parlaments vor weiteren Einschnitten beim Verteidigungshaushalt der einzelnen EU-Staaten. Weiter Einschitte, so der Generalleutnant, könnten verheerend sein.

Die Ausgabe 2/2012 unseres Magazins ***bundeswehr-journal*** befasste sich schwerpunktmäßig bereits mit der Frage, wie Verteidigung in Zeiten der ökonomischen Krise funktioniert.

Foto: Europäische Union

Bildkomposition Europäisches Parlament
Foto: Pietro Naj-Oleari (EU)

Der Bundeswehr eng verbunden

Verleihung der Einsatzmedaille
Foto: Europäische Union

Die Ihnen von mediakompakt zur Verfügung gestellten Inhalte dieser Download-Datei sind urheberrechtlich geschützt. Sie dürfen jedoch diese Inhalte mit anderen teilen, verbreiten und vervielfältigen unter folgenden Bedingungen:
– unter Nennung der Quelle (Magazin *bundeswehr-journal*, Ausgabe);
– nicht zu kommerziellen, sondern nur zu privaten Zwecken (auch dienstlich im militärischen Bereich und zu Studienzwecken);
– unter der Maßgabe, die Inhalte weder zu ändern noch zu ergänzen.

Magazin *bundeswehr-journal*
mediakompakt
Oberstraße 50
56329 St. Goar

Tel. (06741) 184438
info@bundeswehr-journal.de
www.bundeswehr-journal.de

Ob der Spagat gelingen wird, muss sich erst noch zeigen – zurzeit nimmt die NATO die Grundstellung für ihre Zukunft ein: Weniger Geld, aber ehrgeizige Gemeinschaftsprojekte. Dieses neue „Geschäftsmodell" wurde beim Bündnis-Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs sowie Außen- und Verteidigungsminister am 20. und 21. Mai in Chicago beschlossen.

Die USA sind seit vielen Jahren über die Ausdünnung der europäischen Verteidigungsetats verstimmt. Immer wieder mahnt Washington die Verbündeten zu größeren Anstrengungen. Nun hat die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die anschließende Verschuldungskrise im Bereich der Europäischen Währungsunion das Problem der schrumpfenden Budgets noch um ein Vielfaches verschärft. Fähigkeitslücken nehmen – wie der Libyen-Einsatz offenbarte – zu, viele NATO-Länder stehen mittlerweile am Scheideweg ihrer militärischen Handlungsfähigkeit.

Obwohl auch die USA der krisenhaften Entwickung Tribut zollen und ihren Militäretat zum erstenmal seit 1998 kürzen müssen, so bleiben die Ungleichgewichte in der Allianz doch vor allem „europagemacht". Jetzt reagiert die Obama-Administration mit einer sicherheitspolitischen Neuausrichtung: Asien!

Foto: NATO
Das Bild zeigt das Treffen der Staatschefs beim NATO-Gipfel in Chicago am 20. Mai 2012

Smart Defense und Pooling & Sharing

Verteidigung in Zeiten der Finanzkrise

Kanzlerin Angela Merkel beim NATO-Gipfel.

Foto: NATO

Mehr Verantwortung für Europa

Chicago (USA)/Berlin. **Die Vertreter der 28 NATO-Mitgliedstaaten haben auf dem Gipfel in Chicago vor allem über drei große Themenbereiche miteinander gesprochen und entschieden: Afghanistan, Abrüstung und den Klassiker „Militärische Fähigkeiten".**

Mit einer Reihe von Leuchtturmprojekten will das Bündnis jetzt ein neues „Zeitalter der Zusammenarbeit", so Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen, einläuten. Die Formel für den Spagat zwischen dünnen Budgets und ambitionierten Rüstungsvorhaben: Smart Defense, „kluges Sparen und Verteidigen".

Der Gipfel in Chicago war ein voller Erfolg. So zumindest sieht es der NATO-Generalsekretär. In einem Interview erklärte Rasmussen vor kurzem: „Wir hatten uns drei klare Ziele gesetzt. Die Weichen für die nächste Phase unseres Engagements in Afghanistan zu stellen. Die Beziehungen zu unseren Partner zu stärken. Und sicherzustellen, dass unser Bündnis auch in Zeiten wirtschaftlicher Probleme klug in neue militärische Fähigkeiten investiert. Wir haben in Chicago diese Ziele erreicht."

Im „neuen Zeitalter der Zusammenarbeit" sollen nun unter anderem folgende Rüstungsvorhaben realisiert werden: die NATO-Gemeinschaft will für mehrere Milliarden Euro fünf neue unbemannte Aufklärungsflugzeuge anschaffen und in Italien stationieren, gemeinsam will man auch neue Tankflugzeuge für die Betankung von Kampfflugzeugen beschaffen, ebenso ferngesteuerte Roboter zur Beseitigung von Sprengfallen und Bomben, einige NATO-Staaten (darunter auch Deutschland) wollen ihre Flugzeuge zur Überwachung von Seegebieten künftig gemeinsam nutzen.

Insgesamt segneten die Staats- und Regierungschefs der Bündnisländer in Chicago mehr als 20 Projekte ab, die unter dem Etikett „Intelligente Verteidigung/ Smart Defense" umgesetzt werden sollen: multinationale Projekte aus den Bereichen Ausbildung, Schutz im Einsatz oder der medizinischen Versorgung gehören zu diesem Paket dazu.

Neues Geschäftsmodell

Die forcierte Kooperation der NATO-Mitgliedesländer unter dem neuen Leitbild „Smart Defense" scheint für den Generalsekretär der Königsweg schlechthin zu sein. Rasmussen: „Das ist ein ganz neues Geschäftsmodell für die NATO." Es gehe schlicht und ergreifend darum, gemeinsam das zu entwickeln und zu kaufen, was man alleine nicht mehr finanzieren könne. Das sei ein Weg, mit den finanziellen Folgen der Schuldenkrise fertig zu werden. In der Gipfelerklärung „Auf dem Weg zu NATO-Streitkräften 2020" ist das neue Geschäftsmodell folgendermaßen beschrieben: „Die Entwicklung und der Einsatz von Verteidigungsfähigkeiten ist in erster Linie eine nationale Verantwortung. Doch während die Technologie immer teurer wird und die Verteidigungshaushalte unter Druck stehen, gibt es Schlüsselfähigkeiten, die viele Bündnispartner nur erlangen können, wenn sie gemeinsam an deren Entwicklung und Beschaffung arbeiten."

Zu den „Smart Defense"-Vorhaben gehört auch die europäische Raketenabwehr, deren vorläufige Einsatzbereitschaft die NATO anlässlich ihres Gipfels offiziell verkündete. In der Erklärung zur Anfangsbefähigung der Abwehr ballistischer Raketen heißt es, diese Anfangs-

Asien im Fokus: die „USS Carl Vinson" vor Hawaii.

befähigung sei ein „erster Schritt beim Aufbau des Raketenabwehrsystems der NATO, das das Gebiet, die Bevölkerungen und die Streitkräfte aller europäischer NATO-Staaten gegen die zunehmende Bedrohung durch die Verbreitung ballistischer Raketen schützen wird". Das System basiere auf den Grundsätzen der Unteilbarkeit der Sicherheit des Bündnisses und der Solidarität der NATO sowie der ausgewogenen Teilung der Risiken und Lasten, so die Gipfelerklärung weiter.

Schwere Missstände

Von einer ausgewogenen Lastenverteilung ist die NATO weit entfernt. Das Betriebsklima – zwischen den USA und den Europäern – ist schon lange erheblich belastet. Washington wirft seinen Partnern mangelndes Engagement vor und verweist auf Defizite bei militärischen Fähigkeiten. Schonungslos offenbarte dies der Libyen-Einsatz des Bündnisses, an dem weniger als die Hälfte der NATO-Mitglieder einen militärischen Beitrag leistete und sich die USA bewusst zurückhielten („leading from behind").

In seinem Beitrag „Europa ohne Verteidigung" schreibt Christian Mölling, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik, der Libyen-Einsatz habe wie durch ein Vergrößerungsglas schwere Missstände in der europäischen Verteidigung gezeigt.

So fehlte mit dem US-amerikanischen C4ISTAR das entscheidende Führungs- informations- bzw. Aufklärungssystem. Es mangelte zudem an Flugzeugen (im Jugoslawien-Krieg 1999 hatte die NATO in der Hälfte der Zeit mehr Angriffe geflogen), besonders Präzisions-Maschinen. Bei der Luftbetankung waren die Europäer auf US-Tankflugzeuge angewiesen. Gegen Endes des Libyen-Einsatzes machte der mangelnde Nachschub an Munition zu schaffen. Wolfgang Ischinger, seit 2008 Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz, zur Libyen-Mission der Allianz: „Wir können froh sein, dass unterschiedliches Durchhaltevermögen und mangelnde Ausrüstung nicht zu einem Scheitern der Mission, zu einer Katastrophe, geführt haben. Ein Gegner anderen Kalibers hätte die NATO leicht an ihre Grenzen gebracht."

Asiatisch-pazifischer Raum

Der 5. Januar 2012 wird den Europäern nachhaltig in Erinnerung bleiben. An diesem Donnerstag kündigte US-Präsident Barack Obama einschneidende Änderungen in der amerikanischen Militärdoktrin und zusätzliche Kürzungen im Verteidigungshaushalt an.

Der neue geostrategische Schwerpunkt wird zukünftig im asiatisch-pazifischen Raum liegen. Die historische Mission der NATO in Europa ist „erfüllt" – im

Fortsetzung Seite 30

Foto: Bell (U.S. Navy)

Fortsetzung von Seite 29

Zuge der Neuausrichtung der Verteidigungsstrategie und der Kürzungen im Militäretat sollen bald Tausende von US-Soldaten Europa verlassen.

Zwar hatte Obama in seiner Rede zur „Defense Strategic Review" seinen Partnern in der Alten Welt auch künftige Treue geschworen („Wir werden weiter in unsere wichtigen Partnerschaften und Bündnisse investieren, auch in die NATO"), die Schwerpunktverlagerung kam für die Europäer dennoch überraschend – wenn auch nicht ansatzlos. Denn bei seinem Auftritt vor dem australischen Parlament in Canberra im November vergangenen Jahres hatte der US-Präsident bereits auf Washingtons Interessen im asiatisch-pazifischen Raum gepocht und angekündigt, hier den Einfluss der USA ausbauen zu wollen. „Die Vereinigten Staaten sind eine Pazifik-Macht, und wir sind hier, um zu bleiben", hatte Obama den Australiern versichert. Bereits in diesem Moment waren die Partner in der Atlantik-Region in den Hintergrund gerückt.

Foto: NATO

Will weiter in die NATO „investieren": Präsident Obama beim Gipfel in Chicago.

Alte Ordnung im Umbruch

Wie nun kam es zu diesem Paradigmenwechsel? Verschiedene Rahmenbedingungen haben den USA diesen neuen Kurs nach gut 20 Jahren globaler Dominanz förmlich aufgezwungen.

Die gewaltige militärische Überlegenheit und die bislang damit verbundene globale Führungsrolle haben die USA offensichtlich überfordert. Ein starkes Indiz dafür ist die Tatsache, dass der US-Verteidigungshaushalt jetzt erstmals seit 1998 sinken wird, um rund 487 Milliarden US-Dollar verteilt auf zehn Jahre (im Raum stehen mögliche weitere Kürzungen um 500 Milliarden).

In der neuen Verteidigungsstrategie, die die Prioritäten des US-Militärs für das nächste Jahrzehnt definiert, soll es keine langjährigen Einsätze wie im Irak oder in Afghanistan mehr geben. Die US-Präsenz in Europa soll weiter sinken.

Eine weitere Erklärung – neben der besorgniserregenden Haushaltslage – ist der Aufstieg neuer Mächte und Akteure, die eine zunehmend selbstbewusste und selbständige Außenpolitik verfolgen: China, Indien, Brasilien, Südafrika, die Türkei. Besonders China, das in wenigen Jahren zur größten Volkswirtschaft der Welt aufsteigen und damit die Vereinigten Staaten überholen dürfte, bereitet Washington Kopfzerbrechen.

Zu den neuen internationalen Gegebenheiten, die zu einer Verschiebung gewohnter Machtkoordinaten führen werden, gehören zudem das politische Scheitern der Großmächte in Regionalkonflikten und die immer wichtigere Rolle nichtstaatlicher Akteure.

Welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus diesen neuen Rahmenbedingungen für Europa? Ein Europa, von dem der Politikwissenschaftler Jochen Hippler mit Blick auf die EU-Institutionen sagt, es sei „bürokratisch tüchtig, jedoch noch keine Gestaltungskraft" – darüber hinaus „in absehbarer Zeit nicht in der Verfassung zu einer wirksamen und aktiven Außenpolitik mit einem internationalen Gestaltungsanspruch".

Verliert die NATO an Bedeutung, weil sich in Zukunft die Sicherheitspolitik der USA mehr an der Region „Asien und Pazifik" ausrichten wird? Oder ist in Zeiten schrumpfender Verteidigungsbudgets die Sicherheit Europas oder gar das historisch gewachsene transatlantische Bündnis bereits jetzt schon nachhaltig gefährdet? Wohl kaum. Aber Europa muss umdenken. Dringend und schnell.

Wolfgang Ischinger, Vorsitzender der Münchner Sicherheitskonferenz, meinte unlängst in einem Interview mit der *Stuttgarter Zeitung* kopfschüttelnd: „Was die Streitkräfte in Europa betrifft, haben wir die Kleinstaaterei des 18. und 19. Jahrhunderts. Jedes Land kauft sein eigenes Heliköpterchen; jeder Staat bildet seine Generalstabsoffiziere selbst aus. Das ist extrem teuer … Es kann nicht sein, dass die 27 EU-Staaten knapp halb so viel für Verteidigung ausgeben wie die USA – dafür laut Experten aber nur ein Zehntel der Schlagkraft ernten."

Europa am Scheideweg

In ihrer Studie „The Impact of the Financial Crisis on European Defence" kreisen Sophie Brune und Christian Mölling von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) vor allem ein Problem ein – neben den Auswirkungen der Finanzkrise selbst ist ihrer Meinung nach ein ineffizienter Mechanismus zur Schaffung militärischer Fähigkeiten der Grund für

Hilft mehr Kooperation aus der Krise? Teilnehmer des EDA-Jahrestreffens 2012.

die Misere. Die Staaten Europas stünden am Scheideweg ihrer militärischen Handlungsfähigkeit, so die Forscher besorgt. Europa müsse sich jetzt die Karten legen mit Blick darauf, was es militärisch überhaupt noch leisten kann und will.

Erste folgerichtige Signale

Dass Europapolitiker durchaus die Zeichen der Zeit erkannt haben, zeigen Initiativen wie die des Polen Krzysztof Lisek. Der Vizepräsident des Ausschusses „Sicherheit und Verteidigung" im EU-Parlament hat einen Bericht über die Auswirkungen der Finanzkrise auf den Verteidigungssektor erstellt, über den intensiv debattiert wird *(**Anm.:** siehe auch Lisek-Interview Seite 51)*. Im Juli veröffentlichte der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss ein Positionspapier zur „Notwendigkeit einer europäischen Verteidigungsindustrie". Ebenfalls ein Signal.

Eine Schlüsselrolle beim Aufbruch in die Zukunft spielt die 2004 gegründete Europäische Verteidigungsagentur (EDA). Aktuell ist ein Großteil all ihrer Aktivitäten auf den Pooling & Sharing-Prozess ausgerichtet. Ein Schulterschluss der Europäer im Angesicht der Finanzkrise und vor dem Hintergrund der Neuorientierung der USA war bereits im Januar auffälligstes Merkmal der EDA-Jahreskonferenz. 350 hochrangige Vertreter aller 26 Mitgliedsländer diskutierten in Brüssel „Europäische Perspektiven der Kooperation im Verteidigungsbereich in Zeiten großer finanzieller Herausforderungen". Europa reagiert…

Christian Dewitz

Foto: EDA

Von schmerzhaften Zeiten

Berlin/Brüssel/Washington. **Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Schuldendruck – es sind stürmische Zeiten auch und gerade für Europa. Die USA ordnen auf Grund ihres gewaltigen Haushaltdefizits derzeit ihre sicherheitspolitischen Prioritäten neu und werden vermutlich künftig eher auf Partner setzen, die den politischen Willen und die Fähigkeiten haben, zu handeln.**

Dass Europa im Moment für Washington kein Partner auf Augenhöhe ist, belegt auch aktuelles Zahlenmaterial. Der niederländische Verteidigungsminister Hans Hillen sagte Anfang des Jahres in einem Zeitungsinterview: „Natürlich leben wir in schmerzhaften Zeiten – wenn wir unsere Verteidigungsbudgets beschneiden, so tun wir dies nicht zu unserem Vergnügen, sondern der Wirtschaftskrise wegen."

Foto: Rat der Europäischen Union

Am 9. Juni vergangenen Jahres hatte sich der damalige US-Verteidigungsminister Robert Gates in Brüssel von den NATO-Partnern mit einer politischen Grundsatzrede in den Ruhestand verabschiedet. Er sprach auf Einladung des Forums „Security and Defense Agenda" (SDA).

Gates – offensichtlich frei von allen bündnispolitischen und diplomatischen Fesseln – kritisierte die Europäer hart wegen ihres mangelnden Engagements in der Allianz und warnte vor einer düsteren Zukunft. Die NATO-Mitglieder seien im Augenblick in eine Zweiklassengesellschaft gespalten, so der scheidende US-Verteidigungsminister. Die einen seien nur Nutznießer der Sicherheit, die von anderen garantiert werde. Gates: „Es gibt Bündnispartner, die sich auf ‚weiche' humanitäre Einsätze, auf Entwicklungshilfe, Friedenssicherung und Verhandlungen beschränken und anderen Mitgliedern die ‚harten' Kampfmissionen überlassen. Die einen sind bereit und willig den Preis zu zahlen und die Lasten der Operationen des Bündnisses zu tragen, die anderen genießen nur die Vorteile und Sicherheitsgarantien der NATO-Mitgliedschaft, wollen aber die Risiken und Kosten nicht mittragen." Dies sei inakzeptabel, warnte Gates und nannte ein aktuelles Beispiel: „Trotz der Erfordernisse des Afghanistan-Krieges, des ersten

Foto: NATO

Minister Gates bei seiner Brüsseler Rede.

‚heißen' Bodenkrieges der NATO, haben sich die Verteidigungsausgaben der europäischen Staaten im Lauf der letzten zehn Jahre um insgesamt 15 Prozent verringert."

Vor dem Hintergrund, dass rund zwei Jahrzehnte nach dem Fall der Berliner Mauer der US-Anteil an den NATO-

Fortsetzung Seite 32

Fortsetzung von Seite 31

Verteidigungsausgaben auf mehr als 73 Prozent angestiegen ist, klingt die Botschaft von Robert Gates an die Adresse der Europäer plausibel: „Die schonungslose Wahrheit ist, dass im US-Kongress und in der politischen Öffentlichkeit der Vereinigten Staaten die Bereitschaft und die Geduld abnehmen, wenn es weiterhin darum geht, unsere begrenzten Mittel für Staaten auszugeben, die sich weigern, notwendige Mittel bereitzustellen oder notwendige Prioritäten zu setzen, um ernsthafte und fähige Partner bei ihrer eigenen Verteidigung zu werden; diese Länder scheinen immer noch zu erwarten, dass die US-Steuerzahler die ständig wachsenden Kosten für die Sicherheit Europas tragen, während sie ihre eigenen Verteidigungsausgaben immer weiter verringern."

Ungleiche Lastenverteilung

Die aktuelle Aufstellung der NATO über die finanzielle Lastenverteilung innerhalb des Bündnisses, die „Financial and Economic Data Relating to NATO Defence" vom 13. April dieses Jahres, bestätigt den von Gates heftig kritisierten krisenhaften Trend. Amerikas Anteil an den gesamten Militärausgaben der NATO nähert sich der 75-Prozent-Marke, die restlichen 25 Prozent teilen sich weiterhin die übrigen 27 NATO-Staaten. Das einmal vom Bündnis ausgegebene Ziel, mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung auszugeben, erreichen jetzt in Europa nur noch Großbritannien und Griechenland. Frankreich und Albanien, zuvor ebenfalls noch in diesem „Zweiprozent-Kreis dabei, sind mit 1,9 bzw. 1,5 Prozent inzwischen auch unter die Messlatte gerutscht.

Europa spart, Asien rüstet

Während Europa beim Militär spart (und sparen muss), rüsten Länder wie China und Indien weiter auf. Dies dokumentiert der neueste Bericht „Military Balance 2012" des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS), der am 7. März in London vorgestellt wurde.

Seit der Finanzkrise 2008 hätten sich die Militärhaushalte in Europa und Asien angeglichen, sagte bei der Pressekonferenz John Chipman, Generaldirektor des IISS. Der Studie zufolge hat China den größten Verteidigungsetat der asiatischen Länder und verfolgt – getragen von seinem starken Wachstum – eine gezielte

Foto: IISS

Militärexperte Chipman vor der Presse.

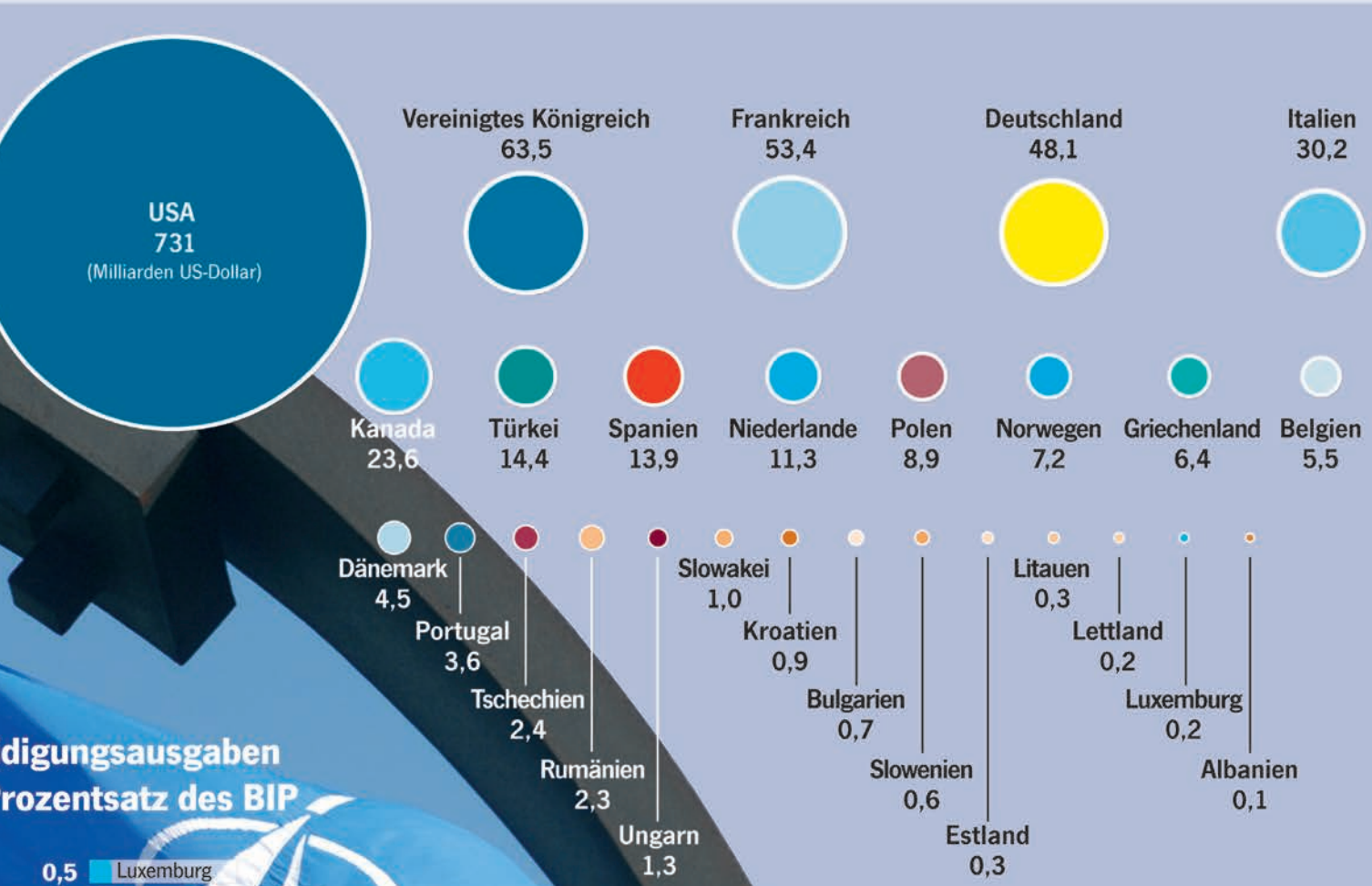
Streitkräfte-Modernisierung. Zwischen 2001 und 2011 habe die chinesische Regierung den Verteidigungsetat um das Zweieinhalbfache gesteigert, so Chipman weiter.

Sein Institut rechnet nicht damit, dass sich die schwindende Investitionsbereitschaft der Europäer, die unter enormen Haushaltsdruck geraten sind, in naher (und sogar ferner) Zukunft umkehren wird. Mindestens 16 NATO-Staaten haben laut IISS im Zeitraum 2008 bis 2010 ihre Rüstungsausgaben verringert; IISS spricht von Einschnitten in einer Größenordnung von mehr als zehn Prozent.

China, Japan, Indien, Südkorea sowie Australien hingegen treiben derweil die Militarisierung des Ostens voran. Diese Länder, so die IISS-Studie, machen rund 80 Prozent der Rüstungsausgaben in der Region aus. Die Ausgaben stiegen im vergangenen Jahr um 3,15 Prozent.

Militärexperte Chipham, der bei der Pressekonferenz in London von einer Fortsetzung der „Neuverteilung militärischer Macht und Verteidigungsausgaben" sprach, bewertet die globalen Veränderungen bei den Rüstungsausgaben folgendermaßen: „Die USA und andere westliche Länder bemühen sich, durch Forschung und Entwicklung einen qualitativen Vorsprung vor Ländern wie China zu behalten, und das ist auch richtig so. Aber der Abstand wird geringer." Für den Westen werde es eine große Herausforderung, in wirtschaftlich sehr schweren Zeiten die hohen militärischen Standards aufrechtzuerhalten, die in zehn Jah-

Fortsetzung Seite 35



Quelle: Jährliches von der NATO herausgegebenes Kompendium der finanziellen personellen und wirtschaftlichen Daten aller Mitgliedsländer „Financial and Economic Data Relating to NATO-Defence", Stand 13. April 2012. Die Angaben in der oberen Grafik beziehen sich auf das Jahr 2011 (Angaben in Milliarden US-Dollar auf der Basis des aktuellen Wechselkurses).

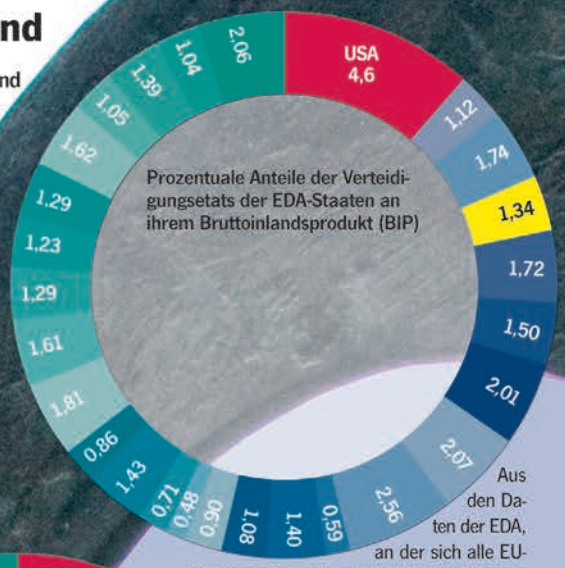
Die untere Grafik zeigt die Verteidigungsausgaben der NATO-Länder als Prozentsatz ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP), bezogen auf das Jahr 2011. Deutschland lag demnach mit seinem Anteil der Verteidigungsausgaben von 1,4 am BIP – gemeinsam mit Bulgarien, Dänemark und Italien – auf einem Platz im Mittelfeld der 28 Bündnisstaaten. Der NATO-Durchschnitt lag bei 3,0, der Durchschnitt der Europäer bei 1,6.

Die Grafik in Verlängerung der Position „Deutschland" beschreibt die Entwicklung des BIP-Anteils für Verteidigungsausgaben in der Bundesrepublik seit 1988; Quelle: SIPRI.

Foto: NATO/Infografik © mediakompakt 05.12

Verteidigungsausgaben – Verteidigungsfähigkeiten: Europa im Abwärtstrend

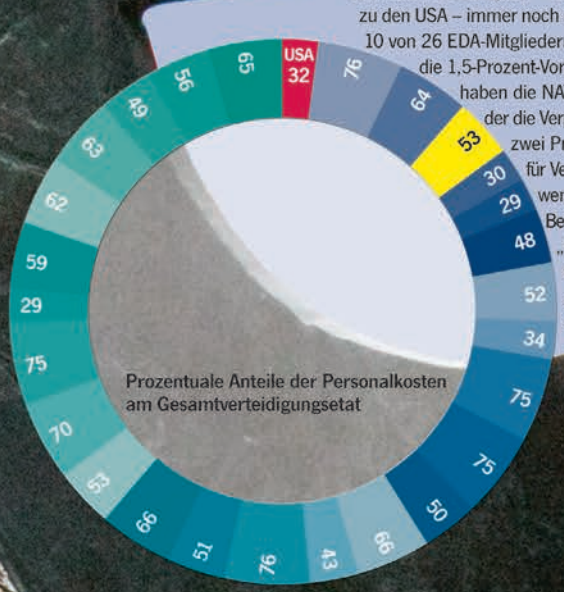
Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise und die Verschuldungskrise in der Europäischen Währungsunion haben dramatische Auswirkungen auf die Verteidigungsbudgets der EU-Staaten. Die im März dieses Jahres veröffentlichten Daten der Europäischen Verteidigungsagentur/European Defence Agency (EDA) machen einen gefährlichen Trend deutlich.



Aus den Daten der EDA, an der sich alle EU-Staaten außer Dänemark beteiligen, lassen sich vor allen drei Tendenzen ablesen. Auch wenn aufgrund angespannter Haushaltsbudgets im Bereich der EU der „Prozentuale Anteil des Verteidigungsetats am BIP" jetzt lediglich 1,5 Prozent beträgt, so

schneiden die Europäer – auch im Vergleich zu den USA – immer noch schlecht ab: nur 10 von 26 EDA-Mitgliedern halten sich an die 1,5-Prozent-Vorgabe (eigentlich haben die NATO-Mitgliedsländer die Verpflichtung, sogar zwei Prozent ihres BIP für Verteidigung aufzuwenden).

Betrachtet man den „Prozentualen Anteil der Investitionsausgaben an den ge-



Die 26 europäischen EDA-Länder

- Belgien
- Bulgarien
- Deutschland
- Estland
- Finnland
- Frankreich
- Griechenland
- Großbritannien
- Irland
- Italien
- Lettland
- Litauen
- Luxemburg
- Malta
- Niederlande
- Österreich
- Polen
- Portugal
- Rumänien
- Schweden
- Slowakei
- Slowenien
- Spanien
- Tschechien
- Ungarn
- Zypern

- USA

gesamten Verteidigungsausgaben“ (mittleres Diagramm/Investitionen in Forschung, Entwicklung, Beschaffung), so wird die Genügsamkeit der Europäer deutlich. Während die Vereinigten Staaten mehr als 30 Prozent ihrer gesamten Verteidigungsausgaben „in Zukunft“ investieren, gilt in Europa ein Wert von 15 Prozent bereits als zufriedenstellend. Zehn EDA-Mitglieder unterbieten sogar noch diesen Wert.

Bei den Personalkosten (unteres Diagramm) wird zur Zeit in Europa ein Durchschnittswert von 55 Prozent der Gesamtverteidigungsausgaben erreicht. Eine Reduzierung dieser Größe gilt unter Militäreformern als das geeignete Mittel schlechthin, um Finanzen für dringende Modernisierungen innerhalb der Streitkräfte frei zu machen. Auch hier fällt der Vergleich der EDA-Mitgliedsländer mit den USA schlecht aus: Washington verwendet lediglich 32 Prozent seiner gesamten Verteidigungsausgaben für das Militärpersonal (es sei in Erinnerung gerufen, dass sich die aktuelle EDA-Defence-Database vom März 2012 auf das Jahr 2010 bezieht), während in Europa sogar 14 EDA-Mitglieder noch über der 55-Prozent-Marke liegen.

Vor dem Hintergrund der schmerzhaften Sparpakete und Kürzungen zeichnet sich immer deutlicher ab, dass nationale Streitkräftekapazitäten noch weiter abschmelzen und davon auch ambitionierte europäische Sicherheitsstrategien betroffen sein werden. Bereits 2010 beklagte der damalige Bundesminister der Verteidigung Karl-Theodor zu Guttenberg in einem Interview mit dem *vbw Unternehmermagazin* die seit Jahren anhaltende dramatische Unterfinanzierung der Bundeswehr. Der Verteidigungshaushalt werde „von Personalkosten geradezu erdrosselt“. Ihr Anteil am Gesamthaushalt sei von 15 Prozent in den 1950er-Jahren auf inzwischen mehr als 50 Prozent gestiegen, der Anteil der Verteidigungsinvestitionen dagegen von 60 Prozent in den 1960er-Jahren auf mittlerweile unter 30 Prozent gefallen, so Guttenberg. Der Trend zur „Bonsai-Streitmacht“, so scheint es, hält an.

Foto: Pirlet (Europäisches Parlament)
Infografik © mediakompakt 05.12

Fortsetzung von Seite 32

ren ununterbrochenem multinationalem Kampfeinsatz entstanden seien, erklärte der IISS-Generaldirektor.

Insgesamt hat China in den vergangenen zehn Jahren seine Militärausgaben um 170 Prozent gesteigert. Bis zum Jahr

Foto: DOD

Ambitioniert – Militärmacht China.

2015 prognostiziert der Branchendienst *Janes's Defence* eine weitere Verdoppelung. In diesem Jahr wuchs der Militärhaushalt Pekings um 11,2 Prozent. Nach Angaben eines Sprechers der Volkskongress-Jahrestagung Anfang März betrugen die Verteidigungsausgaben rund 80 Milliarden Euro. Der im Mai erschienene „Jahresreport für den Kongress“ des US-Verteidigungsministeriums über die sicherheits- und militärpolitischen Entwicklungen in China geht von Gesamtverteidigungsausgaben in Höhe von 120 bis 180 Milliarden US-Dollar aus.

Bodenschätze der Zukunft

Die USA, Japan und andere Nachbarn Chinas verfolgen den Kurs Pekings mit wachsender Sorge. Die Territorialstreitigkeiten im Ostchinesichen und Südchinesischen Meer – mit Japan um die Senkaku-Inseln, mit Vietnam um die Paracel-Inseln oder mit den Philippinen um die Scarborough-Inseln – heizen das politische Klima in dieser Region zusätzlich an. Erschwerend hinzu kommt der Dauerkonflikt Pekings mit Taiwan.

Ein wesentliches Motiv für die Steigerung der chinesischen Militärausgaben sei die Sicherung des Zugangs zu Bodenschätzen, sagt Analyst Paul Burton von *Janes's Defence*. Die aktuellen Inselkonflikte geben ihm offenkundig recht: bei den unbewohnten Senkaku-Inseln sind Gas- und Ölvorkommen entdeckt worden, um die Paracel-Inselgruppe herum werden große Ölvorkommen vermutet, bei den Streitigkeiten zwischen der Volksrepublik China und den Philippinen um die Scarborough-Inseln geht es ebenfalls um Erdöl und zusätzlich um Fischereirechte.

Schuldenbremse in den USA

Den internationalen Spardruck auf die Verteidigungsetats vieler Nationen dokumentiert auch das neue *Jahrbuch 2012* des Stockholmer Friedensforschungsinstituts (Stockholm Internationale Peace Research Institute, SIPRI).

SIPRI zeigt, dass die weltweiten Militärausgaben erstmals seit 13 Jahren kaum gestiegen sind. Sie lagen 2011 bei insgesamt 1738 Milliarden US-Dollar, ein Plus von lediglich 0,3 Prozent im Vergleich zum Jahr 2010 (bewertet wurden für den Bericht die Regierungsausgaben für das Militär – darunter Sold und Gehälter der Truppen, Kosten für Einsätze und die Verwaltung, Gelder für Waffenentwicklung und -beschaffung).

Von 2001 bis 2009 hatten laut SIPRI die weltweiten Ausgaben für das Militär noch jedes Jahr um durchschnittlich 4,5 Prozent zugelegt. 2011 kürzten sechs Länder mit den höchsten Militärausgaben ihre Verteidigungsbudgets: Brasilien, Frankreich, Großbritannien, Indien, die Vereinigten Staaten – und Deutschland.

Auch das Institut in Stockholm belegt mit Zahlen und Fakten: während die USA und Europa sparen, erhöhen vor allem China und Russland die Ausgaben *(siehe dazu auch Grafik folgende Seiten)*.

Die USA stehen mit ihrem Militärbudget von 711 Milliarden Dollar weiter einsam an der Spitze des Rankings. Zum ersten Mal seit 1998 senkte Washington allerdings die Ausgaben. Diese fielen – preisbereinigt – um 1,2 Prozent.

Ein wichtiger Grund für den Rückgang waren nach Ansicht von SIPRI die zähen Verhandlungen im US-Kongress über den Haushalt für 2011. Das Stockholmer Institut erwartet auch, dass die Ausgaben für die US-Streitkräfte weiter sinken werden. Begründet wird dies mit dem Abzug aus dem Irak, der Truppenreduzierung in Afghanistan und dem am 2. August 2011 vom Kongress in den USA verabschiedeten Gesetz zur Haushaltskontrolle, dem sogenannten Budget Control

Fortsetzung Seite 36

Fortsetzung von Seite 35

Act of 2011. Dieser Act, ein Schuldenkompromiss Washingtons, beinhaltet eine Anhebung des nationalen Schuldenlimits um 400 Milliarden US-Dollar und zugleich Budgetkürzungen bei den Verteidigungsausgaben, bei der Infrastrukturentwicklung, Energiepolitik, Bildung, Forschung und Gesundheit.

Foto: Souza (White House)

Präsident Obama unterzeichnet den Act.

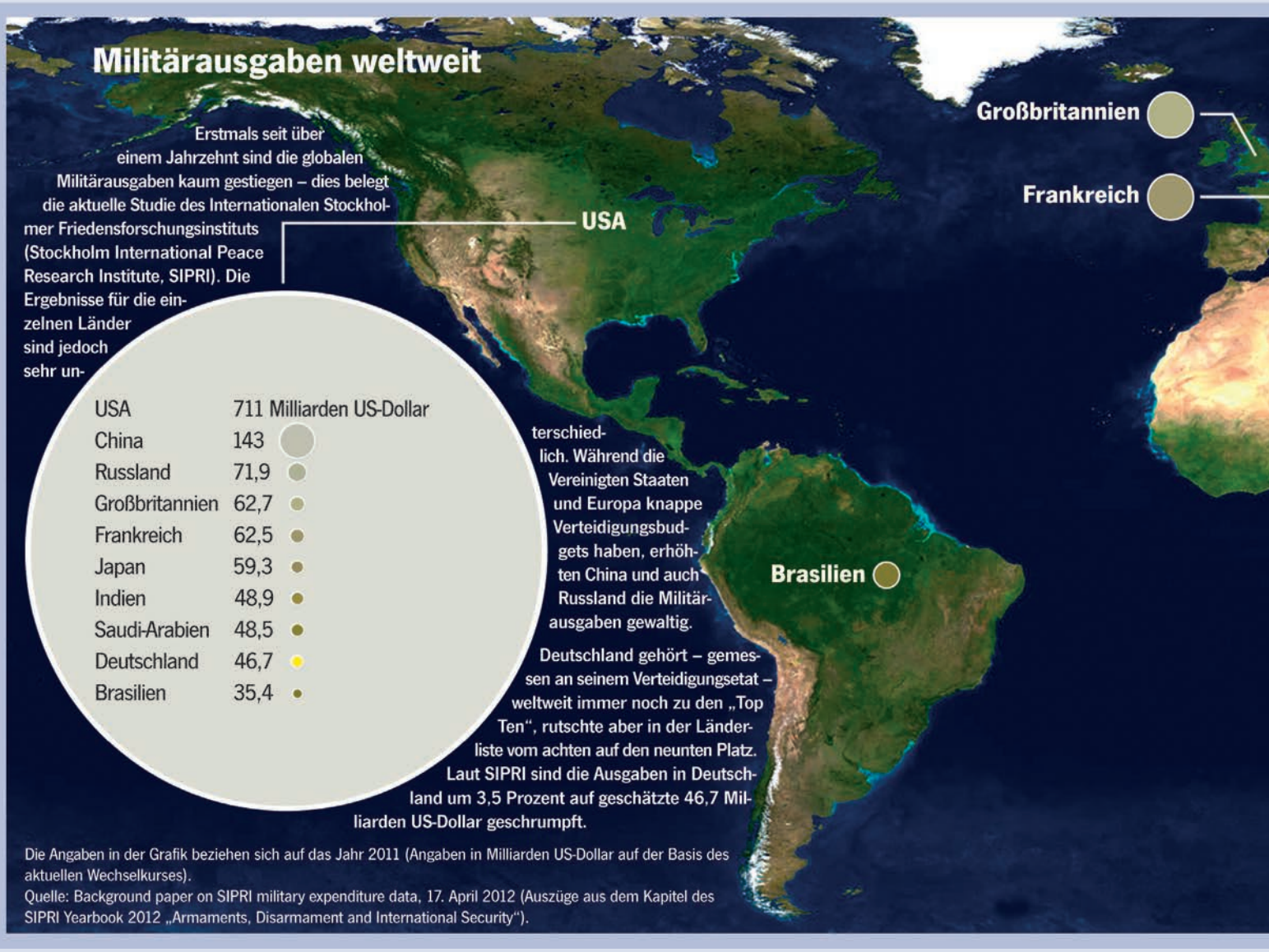
In Europa senkten auch die von der Schuldenkrise besonders hart betroffenen Länder Griechenland, Spanien, Italien und Irland im Jahr 2011 ihre Ausgaben für das Militär.

Gegenläufig zum derzeitigen allgemeinen Spartrend der Nahe Osten und Afrika. Im Nahen Osten stiegen laut SIPRI die Ausgaben insgesamt um geschätzte 4,6 Prozent (aus zahlreichen Ländern – u.a. dem Iran – fehlen dem Institut allerdings Daten). Auch auf dem afrikanischen Kontinent wurde 2011 mehr für Streitkräfte ausgegeben – ein Plus von 8,6 Prozent. Diese Steigerung sei allerdings vor allem der Entwicklung in Algerien zuzuschreiben, erklärte SIPRI. Die algerische Regierung habe aus Angst vor einem Übergreifen der Proteste aus dem benachbarten Libyen ihr Militärbudget erhöht. Ohne diese besondere Entwicklung wären die Militärausgaben in Afrika im Vorjahresvergleich fast unverändert geblieben, so die Stockholmer Friedensforscher. Ob die jetzige Stagnation bei den weltweiten Militärausgaben nur eine vorübergehende Erscheinung ist oder doch eher eine Trendwende hin zu dauerhaften Budgetkürzungen darstellt, vermögen die Experten von SIPRI nicht mit letzter Gewissheit zu beantworten. Sie vermuten allerdings, dass rasche Zuwächse bei den Verteidigungsetats eher unwahrscheinlich sind und höchstens größere Konflikte – etwa im Nahen Osten – dies rasch ändern könnten.

Grad der Militarisierung

Zum Schluss unserer Betrachtungen zu den aktuellen Verteidigungsausgaben europa- und weltweit auch noch ein Blick auf den letzten GMI, den Globalen Militarisierungsindex des Internationalen Konversionszentrums Bonn (International Center for Conversion, BICC).

Der GMI bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Verteidigungssek-



tors eines Staates im Verhältnis zu seiner Gesellschaft als Ganzes ab. Der GMI erfasst dazu mehrere Indikatoren, um den Grad der Militarisierung eines Landes darzustellen: Militärausgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) und der medizinischen Versorgung (Anteil am BIP); Gesamtzahl von (para)militärischem Personal und Reservisten im Verhältnis zur Zahl der Ärzte und zur Gesamtbevölkerung; Anzahl der schweren Waffensysteme im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung.

Der GMI stützt sich unter anderem auf Zahlen von IISS, SIPRI, des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Der GMI wird durch das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert. Das Gesamtranking zeigt die Militarisierung von 161 Staaten seit 1990. Er wird jährlich durch das BICC aktualisiert. Der aktuelle GMI 2012 basiert auf Daten des Jahres 2010 und umfasst 149 Staaten (für Nordkorea fehlten dem BICC verlässliche Zahlen, so dass das Land keine Berücksichtigung fand).

Eine konfliktreiche Region

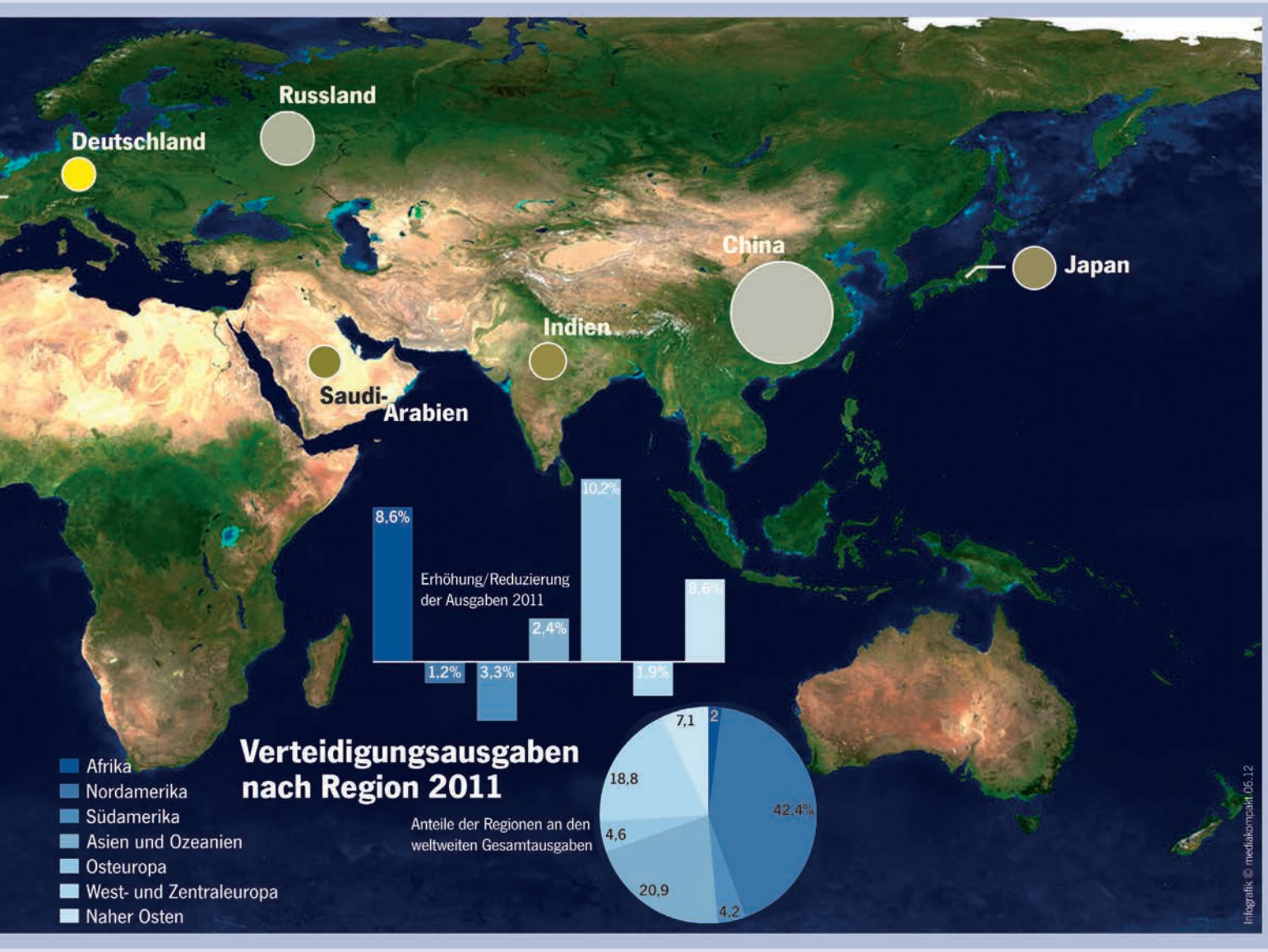
Im Globalen Militarisierungsindex 2012 des BICC belegen Israel, Singapur, Syrien, Russland, Jordanien, Zypern, Südkorea, Kuwait, Griechenland und Saudi-Arabien die ersten zehn GMI-Plätze.

Als Beleg für eine insgesamt hohe Militarisierung im Nahen und Mittleren Osten – der Iran beispielsweise rangiert an 32. Stelle – kann gelten, dass alle Länder dieser konfliktreichen Region innerhalb der ersten 40 Plätze des GMI rangieren. Vor dem Hintergrund des Arabischen Frühlings und der politischen Konfrontationen in einigen Staaten dieser Region bergen die hohen Militarisierungsgrade potenziell die Gefahr weiterer Destabilisierung.

Russland mit GMI-Rang 4 weist im Vergleich zu den USA (Rang 30) weiterhin einen höheren Militarisierungsgrad auf, auch wenn das absolute US-Verteidigungsbudget deutlich höher ist und weltweit Platz 1 einnimmt. China (Rang 83) und Indien (Rang 75) weisen mittlere Militarisierungsgrade auf. Was die Rüstungsausgaben angeht, liegt China allerdings mit geschätzten 143 Milliarden US-Dollar weltweit auf Platz 2.

Deutschland ist im GMI 2012 gesunken: von Rang 73 auf Rang 81.

Die Reduzierung der Rüstungsbeschaffungen und die Sparzwänge in Westeuropa werden, so BICC, möglicherweise Auswirkungen auf die Militarisierung in der Zukunft haben. **Christian Dewitz**



Königswinter. **Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel hielt am 10. März in Königswinter bei den 8. Petersberger Gesprächen eine Grundsatzrede zur Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa. Dabei warnte er davor, die Chance auf eine gemeinsame europäische Armee zu verpassen. Was war so besonders an dieser Grundsatzrede, die wir nachfolgend mit Erlaubnis der SPD als Gastbeitrag Gabriels veröffentlichen?**

Bereits im Oktober vergangenen Jahres haben die Sozialdemokraten ihren Kurs für eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäer kommuniziert. In einem Antrag forderte die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung mit Nachdruck auf, endlich den Prozess der GSVP voranzutreiben und weiterzuentwickeln (auch und gerade vor dem Hintergrund der Bundeswehr-Neuausrichtung), neue Impulse zu setzen, ja eine Vorreiterrolle einzunehmen. Die programmatischen Schlagworte dieses Antrages lauten: Arbeitsteilung, „Pooling und Sharing", gemeinsame Verteidigungsplanung, gemeinsame europäische Streitkräfte, europäische Rüstungsexportpolitik. Eines will die SPD-Fraktion auf keinen Fall: die Teilnahme europäischer Kontingente an UN-mandatierten Einsätzen unter Aufgabe der parlamentarischen Beteiligungsrechte!

Und Gabriel? Auch er macht sich stark für eine europäische Armee. Jedoch nötigenfalls auch auf Kosten nationalstaatlicher Souveränität. Eine interessante Position, zumal im Hinblick auf die Bundestagswahl im kommenden Jahr.

Das Ziel, die Streitkräfte europäischer Länder zusammenzuführen, das Ziel einer europäischen Armee, ist nicht neu. Vor dem Eindruck des Koreakrieges forderte der britische Premier Winston Churchill 1950 eine europäische Armee mit deutscher Beteiligung. Die Idee einer „Europäischen Verteidigungsgemeinschaft" scheiterte aber schließlich am Vorbehalt des französischen Parlaments.

Wahrscheinlich waren wir dem Ziel einer gemeinsamen europäischen – zumindest westeuropäischen – Armee nie näher gewesen als zu jener Zeit. Weder zur Zeit der Ost-West-Konfrontation im Kalten Krieg, noch in den chaotisch wirkenden Umbruchsjahren nach dem Fall der Mauer bot sich eine zweite Möglichkeit, die so konkret und zum Greifen nahe war.

Aus heutiger Sicht hat Europa damals eine historische Chance für einen zukunftsweisenden politischen Schritt vertan.

Europa bot sich mit dem Fall der Mauer eine zweite historische Chance und dieses Mal wurde das politische Momentum des Handelns mutig aufgegriffen. Damals wurde der Kalte Krieg von Menschen gewonnen, die nach Freiheit und Demokratie strebten. Weder Panzerdivisionen, noch nukleare Waffen konnten dies aufhalten. Die Länder Mittel- und Osteuropas traten einer gemeinsamen Europäischen Union bei und überwanden die politische und gesellschaftliche Spaltung des Kontinents.

Als logische Konsequenz streckte die westliche Verteidigungsallianz die Hand nach Osten aus und wuchs um jene Länder an, denen man kurz vorher noch feindlich gegenüber stand. In der Europäischen Union wurden mit dem Maastrichter Vertrag von 1992 wahrlich historische Weichen für Europa und auch für die europäische Außen- und Sicherheitspolitik gestellt.

Europa in der Krise

Heute ist die Euphorie verflogen. Die historischen Ereignisse von damals verlieren zunehmend an Strahlkraft. Wenn wir heute über die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik reden, blicken wir mit einer gewissen Enttäuschung – vielleicht auch mit etwas Resignation – auf die Entwicklungen der letzten Jahre zurück.

Europa insgesamt ist ins Gerede gekommen. Manche Beobachter sehen unseren Kontinent bereits in einer tiefen Krise. Und seit Jahren hadern die Menschen mit den europäischen Institutionen, die zu weit weg

sind und deren Sinn und Funktion sie nicht mehr verstehen.

Die Debatten um den Euro und Griechenland verunsichern zudem viele Menschen in Europa und lassen sie am Ziel eines vereinten Europas zweifeln. Ein Trend zu einer verstärkten Re-Nationalisierung wird sichtbar und spürbar. Der Fall Libyen macht den fehlenden politischen Willen und die Schwierigkeiten deutlich, aktuelle Herausforderungen gemeinsam anzugehen.

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in Europa, die GASP, für die sich meine Partei immer stark gemacht hat und deren Grundgedanken wir in Berlin und Brüssel von Beginn an vorangetrieben haben, ist faktisch in eine Starre verfallen.

Strategischer Schwenk der USA

Wir müssen uns aus dieser politischen Lethargie befreien. In diesem Europa steckt nach wie vor ein gigantisches Potenzial.

Ich sage das nicht nur, weil ich ein überzeugter Europäer bin und auch davon überzeugt bin, dass der einzige sinnvolle Weg aus der Krise ein Mehr an Europa bedeutet – und nicht ein Weniger. Ich sage das auch, weil Deutschland und Europa es sich nicht länger leisten können, die Hände in den Schoß zu legen. Vielleicht stehen wir wieder vor einer historischen Chance zum Handeln – dieses Mal allerdings mit umgekehrten Vorzeichen.

Führen wir uns die Lage doch einmal vor Augen!

Zum Einen: Europa ist nicht mehr der Nabel der Welt. Die politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse verschieben sich jetzt nach Osten. US-Präsident Barack Obama hat dies bei der Vorstellung der neuen amerikanischen Verteidigungsstrategie Anfang des Jahres deutlich zum Ausdruck gebracht: Er sei „der erste pazifische Präsident und will den Führungsanspruch der pazifischen Nation *(Anm.: der USA)* in diesem außerordentlich wichtigen Teil der Welt stärken und aufrechterhalten".

Blass und verklungen wirken die Worte von US-Präsident John F. Kennedy, der uns damals die Bedeutung der transatlantischen Verbundenheit mit den Worten unterstrich „Ich bin ein Berliner." Was der strategische Schwenk Washingtons konkret bedeutet, ist Folgendes: Die USA kürzen ihren Verteidigungshaushalt um eine halbe Billion US-Dollar. In Europa und Deutschland werden bald Truppen abgezogen. Zwei schwere Brigaden verlassen die Stützpunkte Baumholder und Grafenwöhr. Gleichzeitig bauen die USA ihre militärische Präsenz in Australien aus. Ist das bedauerlich? – Ja. Ist das nachvollziehbar? – Auch ja. Die wichtige Frage ist jedoch, welche Schlüsse wir daraus ziehen.

Wir müssen ehrlich zu uns selbst sein. Im Jahr 2050 werden weder Deutschland oder Frankreich und schon gar nicht kleinere Länder wie Belgien eine nennenswerte politische und wirtschaftliche Rolle spielen können – im Vergleich zu den USA, China und vielleicht auch zu Indien oder Brasilien.

Die politische Integration der Mitgliedsländer und das Zusammenwachsen der Bevölkerungen mit dem Fernziel der europäischen Föderation ist das einzige erfolgversprechende Zukunftsmodell für Europa. Nur Europa als Ganzes hat eine Chance im globalen Wettbewerb von Ideen, Werten und Willensbildungsprozessen sowie nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen in der ökonomischen Wertschöpfungskette – und zwar genau in dieser Reihenfolge. Nur Europa als Ganzes kann genügend Gewicht in die globale Waagschale werfen.

Das gilt insbesondere für die europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Zwar wird Europa weiterhin ein wichtiger Partner der USA bleiben, aber Amerika wird sein Engagement auf dem alten Kontinent und in den gemeinsamen Institutionen deutlich zurückfahren.

Die Zeiten, dass Washington gewarnt hat, Europa dürfe nicht zur militärischen Konkurrenz der NATO werden, sind lange vorbei. Heute wird von uns erwartet, dass wir mehr tun. Mehr leisten können wir aller-

Fortsetzung Seite 40

SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel:

Die historische Chance zum Handeln

Foto: Europäische Union 2012

Vor 20 Jahren wurde in Maastricht der Vertrag zur Gründung der EU unterzeichnet.

Fortsetzung von Seite 39

dings nur, wenn wir das als eine europäische Aufgabe wahrnehmen, der wir uns gemeinsam stellen.

Das Geld ist knapp. Die Folgen der Finanzkrise erfordern umfassende Einsparungen – auch im Verteidigungsetat. Die Streitkräfte aller europäischen Länder müssen deutliche Kürzungen hinnehmen.

Großbritannien verkleinert den Verteidigungshaushalt um fast ein Viertel. Dass der allgemeine Spardruck in Europa auch andere Absurditäten im Verteidigungsetat hervorbringt, darauf hat Mike Groschek kürzlich hingewiesen. Im krisengebeutelten Griechenland werden die Renten und Sozialleistungen dramatisch gekürzt. Der Verteidigungsetat bleibt überproportional hoch. Auch wenn dahinter langfristige Entscheidungen für Rüstungsimporte Griechenlands stehen: dass diese Entscheidungen von den Staats- und Regierungschefs nicht zur Disposition gestellt werden, stattdessen aber Kleinstrenten und Mindesteinkommen gekürzt werden, ist nicht zu verstehen.

Bezeichnend ist auch, dass Italien wie auch Frankreich im Sommer 2011 Schiffsverbände aus dem laufenden Libyen-Einsatz zurückbeordern mussten. Der Grund: kein Geld mehr für den Betrieb bzw. Materialverschleiß ohne die Möglichkeit, Ersatz zu stellen.

Auch wenn ich als SPD-Vorsitzender versprechen würde, dass nach der Wahl 2013 wesentlich mehr Geld für Beschaffung, Betrieb und Personal der Bundeswehr zur Verfügung stünde, würden mir das wahrscheinlich eh niemand glauben.

Grenzen sind überschritten

Die beiden genannten Beispiele sind durchaus besorgniserregend. Denn wir unterhalten schließlich Streitkräfte nicht zum Selbstzweck.

Sie dienen dem ureigenen Zweck der Verteidigung Deutschlands und seiner Bündnispartner und leisten – wo immer möglich – einen Beitrag zur Wahrung von Frieden und Stabilität in der Welt. Natürlich ist es daher die Verantwortung der Politik sicherzustellen, dass die Streitkräfte auch die entsprechenden Mittel erhalten, um ihren Auftrag erfüllen zu können. So einfach das gesagt ist, so schwierig zeigt sich zunehmend die Umsetzung.

Das Beispiel Großbritannien macht deutlich, dass nicht nur kleinere und mittlere Staaten in Europa betroffen sind. Die Grenzen nationaler Möglichkeiten beim Vorhalten militärischer Fähigkeiten und Ressourcen sind deutlich überschritten. Diese Entwicklung kommt nicht überraschend. Die Folgen der Finanzkrise machen sie jedoch schlagartig sichtbar.

Aus meiner Sicht ist der einzige realistische Ausweg die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene - darauf will ich später noch genauer eingehen.

Die Folgen der Finanzkrise erfordern...

Foto: Flemale (Europäisches Parlament)

Mein letzter Punkt bezieht sich auf den bemerkenswerten Umstand, dass der allgemeine Reformdruck zahlreiche Militärhauptquartiere zur gleichen Zeit erreicht hat.

Streitkräfte dies- und jenseits des Atlantiks befinden sich im Umbau. In den größten NATO-Staaten werden die Armeen Reformen unterzogen – in den USA, in Großbritannien, in Frankreich, in Deutschland und anderen Ländern. Es ist kein Geheimnis, dass bei der Umsetzung der Reformen meist Schmalhans Küchenchef ist. Attribute wie Einsparungen, Kürzungen und Personalabbau prägen den Reformprozess.

Dabei entsteht der Eindruck, dass strategische Überlegungen nur noch eine untergeordnete Rolle bei der militärischen Neuausrichtung spielen. Der finanzielle Imperativ scheint allgegenwärtig. Ein Eindruck, der besonders dann entstehen kann, wenn beispielsweise Verteidigungspolitische Richtlinien, die eigentlich Ausgangspunkt einer Reform sein sollten, hastig nachgereicht werden. Ich betrachte dies mit besonderer Sorge, da die Gefahr besteht, dass dringend benötigte militärische Fähigkeiten einem kurzsichtigen Spardiktat zum Opfer fallen. Im Übrigen wird es dadurch ungemein schwieriger, die betroffenen Soldaten von der Sinnhaftigkeit einer solchen Reform zu überzeugen.

Meiner Meinung nach laufen wir gerade Gefahr, eine einmalige Chance zu vertun, beides hinzubekommen – eine solide Neuausrichtung europäischer Streitkräfte auf der Basis strategischer Überlegungen und gleichzeitig die notwendigen Sparvorgaben erfüllen.

Das ist zu schaffen, doch vermisse ich den politischen Willen bei vielen Verantwortlichen in den europäischen Hauptstädten. Das was ich sehe ist nationale Ausplanung statt europäischer Abstimmung. Ich sehe nationale Reformvorhaben statt europäischer Zusammenarbeit.

Das Zeitfenster nutzen

Wenn wir das Zeitfenster für eine Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit heute nicht nutzen, ist es mehr als fraglich ob die politisch Verantwortlichen in Europa eine erneute Reform ihrer nationalen Streitkräfte in absehbarer Zeit angehen könnten oder wollten. So eine Reform ist anstrengend, kostet viel Geld und bürdet allen Betroffenen eine große persönliche wie auch berufliche Belastung auf.

Wenn wir also unsere Bundeswehrreform in Deutschland planen, dann müssen wir von Anfang an Europa mitdenken. Wer weiß, wann wir wieder eine solche Chan-

ce bekommen, uns mit unseren Partnern in Europa am Anfang eines Umstrukturierungsprozesses abzustimmen?

Was sind die Gefahren des Scheiterns einer handlungsfähigen Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik?

Diktat fremder Interessen

Ich bin davon überzeugt, dass die europäischen Staaten in Zukunft keine gestalterische Rolle in der internationalen Politik spielen werden, wenn es uns Europäern nicht gelingt – wie von unseren Partner zu Recht gefordert – Verantwortung zu übernehmen und unsere Ziele und Interessen eigenverantwortlich zu verfolgen.

Wir laufen Gefahr, zukünftig zu Getriebenen des Kalküls anderer, handlungsfähiger Akteure zu werden. Deren Ziele und Interessen müssen nicht mit unseren übereinstimmen und können diese sogar nachhaltig bedrohen. So könnte Europa etwa in seinem Zugang zu Ressourcen und in seiner Energiesicherheit von dem Wohlwollen anderer Mächte weit über das heutige Maß hinaus abhängig werden. Ebenso könnte dies bedeuten, dass verstärkt andere Akteure das Ruder in den Institution der internationalen Politik übernehmen und diesen ihren ganz eigenen Stempel aufdrücken, während Europa Gefahr läuft zunehmend im Abseits zu stehen. Dies gilt es zu verhindern.

Es ist an uns, die historische Chance zur konsequenten Vertiefung der europäischen Integration mutig zu ergreifen. Für uns Sozialdemokraten ist dies ein wesentlicher Bestandteil unseres Verständnisses der eigenen politischen Verantwortung.

Im Juli letzten Jahres hatte ich die Möglichkeit, in Hamburg eine Rede vor Studierenden und Professoren der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr zu halten. Ich habe dort versucht, einen „Neuimpuls" für die europäische Sicherheit und Verteidigung zu skizzieren und war – da ich kein originärer Verteidigungspolitiker bin – sehr gespannt auf die Reaktionen. Als dann auch der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, Klaus Naumann, in einem Gastbeitrag in der *Süddeutschen Zeitung* meinen Ausführungen etwas abgewinnen konnte, zeigte es mir, dass ich irgendwie den Kern getroffen haben musste. Ich denke, es ist höchste Zeit die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus ihrer Starre zu holen. Was gilt es daher jetzt zu tun?

Dies sind, so denke ich, vor allem zwei Dinge: Erstens, die Fortführung und den Ausbau bereits bestehender Projekte und Initiativen. Und zweitens, ein starker, glaubwürdiger politischer Impuls. Ehe ich auf diese zwei Punkte näher eingehe, möchte ich noch einige Vorbemerkungen dazu machen, welche Staaten hierbei besonders gefordert sein werden.

...umfangreiche Einsparungen auch im Verteidigungsetat.

Foto: Europäisches Parlament

Natürlich wäre es wünschenswert, wenn die Wiederbelebung der „Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik" alle 27 Mitgliedsstaaten gleichzeitig mit einbezieht. Nach aller politischen Lebenserfahrung ist dies allerdings völlig unrealistisch. Eine solide und kohärente Motivation aller Beteiligten sehe ich am ehesten bei einer kleinen Vorreitergruppe gewährleistet. Klar zum Ausdruck kommen muss der gemeinsame politische Wille, das Projekt einer europäischen Integration der Sicherheit und Verteidigung entscheidend sichtbar voranzubringen. Solche Vorreitergruppen gab es in der EU immer wieder, zum Beispiel beim Schengen-Abkommen.

In Hamburg habe ich damals die Formel des „Weimarer Dreiecks plus 1" gewählt, und sie scheint mir noch immer die erfolgversprechendste Vorreitergruppe für eine stärkere Vertiefung der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu sein.

Gute Ansätze ausbauen

Deutschland und Frankreich sind ein sehr erfolgreiches und leistungsstarkes Gespann der europäischen Integration. Dies gilt es auch im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich zu nutzen.

Im Februar dieses Jahres haben sich beide Regierungen in einer gemeinsamen Erklärung „Für eine stärkere europäische Sicherheit und Verteidigung" ausgesprochen. Dies ist ein erster hoffnungsvoller Schritt, auch wenn es bei den konkreten Punkten noch viel Luft nach oben gibt.

Mit Polen verbindet uns viel. Darüber hinaus ist Polen nicht nur wichtig, weil wir in der EU der 27 ein mitteleuropäisches Land in einer solchen Führungsgruppe brauchen. Wir brauchen unsere Nachbarn auch, weil sie zeigen, wie sich eine neu gewonnene Souveränität, feste transatlantische Bindung und europäische Integration vereinbaren lassen.

Das „Plus" lasse ich nach wie vor offen, denn es ist klar, dass es in dieser Vorreitergruppe auf den politischen Willen ankommt, mehr europäische Integration zu wagen.

Wie muss dieses Mehr an europäischer Integration nun praktisch ausgestaltet werden? Wie bereits erwähnt, geht es zunächst darum, bestehende Projekte und Initiativen fortzuführen und auszubauen.

„Pooling & Sharing", die Spezialisierung militärischer Fähigkeiten unter Partnern, gemeinsame Ausbildung und die bessere Abstimmung von Rüstungsprojekten sind gute Ansätze, die es konsequent auszubauen und weiter voranzutreiben gilt. Hier gibt es noch viel Potenzial. Die von Deutschland und Schweden auf den Weg gebrach-

Fortsetzung Seite 42

Fortsetzung von Seite 41

te sogenannte Gent-Initiative setzt genau an dieser Stelle an.

Was wir brauchen, sind ebenso intelligente wie auch mutige Projekte und Initiativen.

Austausch von Fähigkeiten

Das von Deutschland, Frankreich, Belgien und den Niederlanden bestückte Europäische Lufttransportkommando ist eine Initiative mit deutlichen Synergien bei strategischen Fähigkeiten. Es könnte Vorbild für weitere Projekte sein.

Wir sollten aber auch eine seriöse Diskussion über Spezialisierung von militärischen Fähigkeiten zulassen. Viele unserer Partner in der Europäischen Union haben sehr pragmatische und vernünftige Vorstellungen, in was sie gut sind und was sie verstärkt leisten können. Im Gegenzug würden sie auf andere Fähigkeiten verzichten wollen.

Die Deutsch-Französische Brigade, das Eurokorps, das Deutsch-Niederländische Korps und das Multilaterale Korps Nordost sind weitere Beispiele bereits bestehender wegweisender Projekte militärischer Zusammenarbeit. Die Integration bleibt meist auf Stäbe und unterstützende Einheiten beschränkt. Hier müssen wir ansetzen und die Verzahnung der Strukturen weiterentwickeln. Diese Projekte und Initiativen wirken über die rein sachliche Zusammenarbeit hinaus. Sie fördern zusätzlich das gegenseitige Vertrauen zwischen den Partnern hinsichtlich ihres Kooperationswillens und ihrer Verlässlichkeit.

In der Vergangenheit stellten multilaterale Kooperationen im militärischen und im Rüstungsbereich einen Wert an sich dar. Das ist wörtlich zu nehmen, denn wir haben uns diese Kooperationen etwas kosten lassen. Sie waren Bekundung eines politischen Willens zur europäischen Integration.

Foto: Jungmann (Deutsch-Französische Brigade)

Angehörige der Deutsch-Französischen Brigade bei der Nationalparade in Paris.

Das ist heute zu wenig – beziehungsweise von der Ausgabenseite her gedacht, zu viel. In Anbetracht der starken Einschnitte in europäische Verteidigungsbudgets von acht bis 30 Prozent, je nach Land, muss der Effizienz-Gedanke eine weit stärkere Rolle einnehmen. Und damit ist er zugleich ein starkes ökonomisches Argument für eine Europäisierung unserer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Wenn es aber darum geht, die von mir eingangs erwähnte drohende Marginalisierung der europäischen Staaten auf der internationalen Bühne zu verhindern, reichen die soeben geschilderten Maßnahmen bei weitem nicht aus.

Hier ist zuallererst die Politik gefordert, einen glaubwürdigen politischen Impuls hin zu einer gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu geben. Das ist die Herausforderung der Stunde, der sich die Politiker in allen europäischen Hauptstädten gemeinsam stellen müssen, auch in Berlin. Für Deutschland bedeutet dies zunächst, verloren gegangenes Vertrauen in unsere Bündnissolidarität zurückzugewinnen. Törichte Alleingänge, wie in der Libyen-Krise, dürfen wir uns in Zukunft nicht leisten. Wenn wir uns im Jahr 2050 in einer gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wiederfinden wollen, müssen wir bereit sein, unsere sicherheits- und verteidigungspolitischen Ziele abzustimmen.

Souveränität abgeben

Auch wenn es schwer fällt, müssen wir bereit sein – wie schon zuvor in anderen Politikbereichen – auch im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich Schritt für Schritt Souveränität abzugeben. Wir Sozialdemokraten sind dazu bereit, zusammen mit den anderen demokratischen Parteien des Deutschen Bundestages ein starkes Signal an unsere europäischen Partner auszusenden: „Deutschland ist bereit, auch unter Änderung seines Grundgesetzes, für die Realisierung einer handlungsfähigen gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und damit verbunden des Fernziels einer Europäischen Armee einzutreten."

In welcher Form dies geschehen kann, muss Gegenstand einer breit geführten Debatte sein. Ich könnte mir sogar vorstellen, dass wir dieses Ziel als eine Verpflichtung in das Grundgesetz aufnehmen.

Ich bin davon überzeugt, dass ein solches Signal eine europaweite Debatte anstoßen würde, die besonders die Euroskeptiker zwingt, der Bevölkerung glaubwürdig zu erklären, warum sie einen solchen Weg nicht beschreiten und mit welchen Mitteln sie einer zukünftigen Marginalisierung ihres Landes entgegenwirken wollen.

Sigmar Gabriel, Jahrgang 1959, ist seit 2009 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Von 1999 bis 2003 war der SPD-Politiker Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, davor (2005 bis 2009) Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Der gebürtige Goslarer war vor seiner politischen Karriere Gymnasiallehrer und als Dozent in der Erwachsenenbildung tätig. Von 1979 bis 1981 diente Gabriel als Zeitsoldat bei der Bundeswehr.

Defense and Security

ILA Berlin Air Show

Innovative Lösungen für Verteidigung und Sicherheit

Partnerschaftliche Auftritte von Industrie und Militär

Hochrangig besetzte Spitzenkonferenzen

© Geoffrey Lee/Eurofighter

Providing defense and security

11. bis 16. September 2012
Berlin ExpoCenter Airport
www.ila-berlin.de

Polska
PARTNER COUNTRY

Hosted by LAND BRANDENBURG

BDLI Bundesverband der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie e. V.

Messe Berlin

Politisches Engagement statt Technokratie

***Berlin/Brüssel.* In den verteidigungspolitischen Kommuniqués von NATO und EU gilt Pooling und Sharing derzeit als technokratische Wunderwaffe gegen drohende militärische Handlungsunfähigkeit. Dass die Staaten vom Zusammenlegen militärischer Fähigkeiten ökonomisch profitieren, erscheint plausibel. Allerdings bleibt ungeklärt, wie die notwendige Einschränkung von Souveränität gelingen soll.**

Mit „Pooling und Sharing in EU und NATO" hat sich Dr. Christian Mölling befasst. Er ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)/Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit in Berlin. Zu Möllings aktuellen Arbeitsschwerpunkten zählen u.a. die Bundeswehr-Reform und das Thema „Finanzkrise und Streitkräftestrukturen in Deutschland und der Europäischen Union". Wir veröffentlichen nachfolgenden Beitrag mit freundlicher Genehmigung des Autors und der SWP.

Sharing – Air Policing Baltikum.

Die Erfolge der bislang gestarteten Initiativen bei Pooling und Sharing (P&S) sind dürftig. Auch ersetzt P&S weder die Investitionen, die erforderlich sind, um fehlende militärische Fähigkeiten zu beschaffen, noch den politischen Rahmen, der definiert, wozu diese Fähigkeiten genutzt werden sollen.

Statt nach immer neuen Einzelprojekten Ausschau zu halten, müssen die Staaten Antworten auf diese heiklen Fragen finden. Im Augenblick läuft Europa Gefahr, eine weitere sinnvolle Möglichkeit zu zerreden, seine Verteidigungsfähigkeit zu bewahren.

Europa verliert die Fähigkeit, jenseits seiner eigenen Grenzen militärisch zu handeln. Die USA wollen Europa auch in der NATO künftig weniger unterstützen. Und die chronisch unterentwickelten militärischen Fähigkeiten drohen nun weiter zu verkümmern: als Folge der Finanzkrise schrumpfen die Verteidigungsapparate rasant. Als Königsweg aus dieser Verteidigungskrise präsentieren die EU-Hauptstädte derzeit P&S.

Was ist Pooling und Sharing?

Als P&S werden unterschiedliche Formen der Verteidigungskooperation bezeichnet.

Beim „Sharing" stellen ein oder mehrere Länder den Partnern eine Fähigkeit oder Ausrüstung (etwa Transportflugzeuge) zur Verfügung oder übernehmen eine Aufgabe für andere. Geschieht dies dauerhaft, können die Partner diese Fähigkeit einsparen.

Beispielsweise überwacht Deutschland den Seeraum über der Nordsee und entlastet damit die Niederlande. Im Baltikum übernehmen die NATO-Staaten abwechselnd den Schutz des Luftraums (Air Policing), so dass die baltischen Staaten die Kosten für eine eigene Luftwaffe sparen können.

Auch im Falle von „Pooling" werden nationale Fähigkeiten anderen zur Verfügung gestellt. Dafür wird eigens eine multinationale Struktur eingerichtet, die diese Beiträge zusammenfasst und ihren Einsatz koordiniert, ein gutes Beispiel ist das European Air Transport Command *(**Anm.:** wir werden über das Europäische Lufttransportkommando in Eindhoven in der kommenden Ausgabe berichten).*

Pooling kann bei der Entwicklung gemeinsamer Geräte stattfinden, bei deren Beschaffung und späterem Betrieb. So lassen sich entweder größere Stückzahlen erreichen oder es kann eine Fähigkeit gemeinsam beschafft werden, die ein Staat aufgrund hoher Kosten allein nicht bereitstellen könnte. Beispiele für gemeinsame Anschaffung und Betrieb sind die AWACS-Radarflugzeuge oder die Kommandostrukturen der NATO.

Die EU-Staaten haben mit ihrem Ratsbeschluss vom Dezember 2010 Pooling und Sharing als Lösung deklariert, mit der sie Geld sparen und die militärische Effizienz ihrer Einsatzmittel steigern wollen. Die NATO verfolgt unter dem Etikett „Smart Defense" ähnliche Ziele.

Bislang ist P&S nur ein neues Schlagwort für die seit langem praktizierte Verteidigungskooperation der EU- und der NATO-Staaten. Derzeit existieren etwa 100 Projekte. Bei rund 20 Prozent handelt es sich um bilaterale Kooperationen; bei 60 Prozent sind fünf oder weniger Partner beteiligt.

Dieser Flickenteppich resultiert daraus, dass die Staaten unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was Gegenstand von P&S sein kann. Selten jedoch ist Sparen ein Anlass gewesen. Es ging darum, Ausrüstung (etwa Panzer) gemeinsam zu nutzen oder eine besondere Fähigkeitslücke zu schließen, was sich nur gemeinsam bewerkstelligen ließ, wie beim Lufttransport.

Andere Faktoren müssen hinzukommen, etwa ähnliche strategische Kultur, regionale Nähe, ähnliche Größe des Landes und der Streitkräfte, gleiches Verständnis von den Kooperationszielen, Vertrauen und Solidarität unter den Partnern sowie gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Verteidigungsindustrien.

Unbefriedigende Ergebnisse

Seit 2010 erleben bi- und multilaterale P&S-Initiativen unter den EU-Staaten eine Renaissance. Die wichtigsten sind der Franko-Britische Verteidigungspakt, die Kooperation der Visegrád-Vier *(**Anm.:** Kooperation der vier Staaten Slowakei, Tschechien, Ungarn und Polen)*, das Weimarer Drei-

Foto: PrInfoZ Luftwaffe

eck (Deutschland, Frankreich, Polen) und der Gent-Prozess. Wirklich neu ist nur der Gent-Prozess, an dem alle EU-Staaten teilnehmen.

Bislang bieten diese Initiativen ein disparates Bild: Ziele und Anzahl der Teilnehmer variieren stark. Und trotz einiger Lichtblicke – etwa bei der Luftbetankung – sind die Ergebnisse unbefriedigend und dem Ausmaß der Probleme nicht angemessen.

Zudem dienen die Aktivitäten häufig nicht dazu, eine gemeinsame europäische Verteidigungsfähigkeit zu bewahren, sondern sind auf nationale Ziele ausgerichtet. Die Debatte beschränkt sich infolgedessen auf wenige militärische Fähigkeiten.

Manche Initiativen duplizieren oder blockieren sich: Der Franko-Britische Verteidigungspakt dupliziert ein Projekt der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) zur Minenbekämpfung. Um diesen Pakt nicht zu gefährden, steigt Paris aus dem Projekt zur Bildung eines EU-Hauptquartiers aus, während Italien als Reaktion auf denselben Pakt ein bilaterales Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland schließt, um auf dem Gebiet der unbemannten Luftfahrzeuge (UAS: Unmanned Aircraft System) den industriellen Anschluss keinesfalls zu verlieren.

Vernachlässigte Aspekte

Drei Themen werden konsequent ausgeklammert: Rollenspezialisierung, Rüstungsindustrie und zusätzliche Investitionen.

Rollenspezialisierung erfordert die Aufgabe bestimmter Fähigkeiten und die Konzentration auf einige wenige. Viele europäische Staaten lehnen dies ab, aus Furcht vor gegenseitiger Abhängigkeit. Dennoch findet diese Rollenspezialisierung bereits statt. Unfreiwillig, unkoordiniert und mit erheblichen Folgen für die Handlungsfähigkeit aller Partner. Mit der Abschaffung ihrer Kampfpanzer 2011 haben sich nicht nur die Niederlande spezialisiert. Auch Deutschland und Frankreich sind unfreiwillig zu Rollenspezialisten geworden, weil sie nun als einzige signifikante Kampfpanzer-Arsenale besitzen.

Mittelfristig kann über das Poolen bei Beschaffung gleichen Materials der Abbau überflüssiger und kostspieliger Industrie-Strukturen angestoßen werden. Dieser Abbau muss jedoch gesteuert werden, damit es nicht ähnlich wie bei den Fähigkeiten zu einer ungewollten Spezialisierung kommt und man kritische und seltene industrielle Fähigkeiten einbüßt.

P&S kann zwar den Verfall bestehender Fähigkeiten bremsen. Doch kann man nur teilen, was man hat. In ganz Europa vorhandene Lücken – etwa bei der Aufklärung – lassen sich lediglich mit zusätzlichen Investitionen schließen. Wie groß diese Lücken sind, hat der Libyen-Einsatz der NATO 2011 verdeutlicht.

Der entscheidende Unterschied zwischen der Verteidigungskooperation, wie die Staaten sie bislang betrieben haben, und dem nun propagierten P&S liegt in der Vorgabe, dass P&S vor allem dem Sparen dienen soll. Dabei verhindern die Staaten ein höheres Maß an ökonomischer Effizienz und militärischer Effektivität, indem sie am Anspruch festhalten, allein über die Belange ihrer Streitkräfte zu entscheiden.

Erfolgreich in der Falle

Bei einem Mehr an Gemeinsamkeit fürchten alle Partner drei „Multilateralismusfallen“: in einem Einsatz allein gelassen zu werden, weil ein Partner seine Trup-

Fortsetzung Seite 46

Foto: amk

Die Niederlande haben im Jahr 2011 ihre Kampfpanzer Leopard abgeschafft.

Fortsetzung von Seite 45

pen zurückzieht; nicht in den Einsatz gehen zu können, weil ein Partner mit wichtigen Fähigkeiten nicht teilnimmt; als Teil der Gemeinschaft jenen das Trittbrettfahren zu ermöglichen, die keine eigenen Beiträge zur Sicherheit leisten.

Diese Ängste sind zum Teil jedoch vorgeschoben. In diesen „Fallen" sitzen EU und NATO seit 20 Jahren und arrangieren sich damit: Balkan, Afghanistan, Libyen – keinen dieser Einsätze hätte ein Staat allein bewältigen können. Die Kooperation funktioniert mittlerweile trotz nationaler Einsatzvorbehalte und fehlender strategischer Gemeinsamkeiten, die so oft attestiert werden.

P&S ist kein Allheilmittel, aber ein notwendiger Pfeiler zukünftiger europäischer Verteidigung. Flankierende Maßnahmen sind notwendig, um die derzeit stattfindenden Rollenspezialisierungen und zusätzlichen Investitionen in die Erwerbung fehlender Fähigkeiten so zu gestalten, dass die Staaten auch eine europäische Verteidigungsfähigkeit aufrechterhalten können.

Drei entscheidende Fragen

P&S kann nur zu Lösungen beitragen, wenn die Staaten bereit sind, den Vorrang politischer Souveränität vor militärischer Effektivität und ökonomischer Effizienz zu überdenken. Konkret müssen sie sich im Hinblick auf zukünftige P&S-Projekte drei Fragen stellen: Unter welchen Bedingungen vertrauen sie einem Kooperationspartner und in welchem Maße können sie ihren Anspruch auf Alleinentscheidung im Interesse der Verteidigungsbedürfnisse anderer einschränken? Ist die Kooperation militärisch effektiv? Ermöglicht sie Einsparungen?

Darüber hinaus müssen die Staaten der kontraproduktiven Vielfalt an Kooperationsprojekten einen gemeinsamen Rahmen geben, um den politischen, militärischen und ökonomischen Mehrwert der P&S-Initiativen zur Geltung zu bringen.

Dazu könnte ein ständiger Europäischer Rat zu Verteidigungsthemen gehören. Denn Europa muss sich festlegen: Wie soll die europäische Verteidigungsfähigkeit aussehen und welche industrielle Basis wird für die angestrebte Fähigkeit benötigt?

Weil die Europäer in den nächsten 20 Jahren wohl noch häufiger gemeinsam militärisch aktiv werden, sollten die derzeitigen nationalen Reformen, Pläne und P&S-Projekte primär gemeinsame Einsätze gewährleisten. Folglich sind effiziente europäische Streitkräfte anzustreben (statt wie bislang nationalen Plänen den Vorzug zu geben).

All diese Prioritäten können nur die Staats- und Regierungschefs setzen, mit einem Beschluss, der ihre Verteidigungs-, Außen- und Finanzminister auf konkrete Ziele verpflichtet; die erreichten Erfolge wären jährlich zu überprüfen.

Gemeinsam gegen Kahlschlag

Wünschenswert wäre auch ein gemeinsames Fähigkeitsraster als Grundlage für Rollenspezialisierung und Kooperation.

Aus der Prioritätensetzung der Staatschefs lässt sich ein europäisches Fähigkeitsraster ableiten, das Auskunft über den sinnvollen Auf- und Abbau von Fähigkeiten gibt. Hiermit könnte Europa weiteren Kahlschlag vermeiden.

Entscheidend wird auch sein, Misstrauen zu überwinden. Einem Mangel an Vertrauen lässt sich auf zwei Wegen abhelfen: Die Staaten können rechtsverbindliche Verträge über die Bereitstellung von Fähigkeiten schließen, wie das etwa beim Franko-Britischen Verteidigungspakt der Fall ist. Oder sie kompensieren die Möglichkeit, dass ein Partner ausfällt, mit Redundanzen ihrer militärischen Fähigkeiten.

Das Ausbleiben oder der Rückzug beispielsweise einiger Flugzeuge darf nicht zum Zusammenbruch der europäischen Lufttransportfähigkeit führen. Partner, die sich zurückziehen, könnten sich etwa verpflichten, als Ausgleich mit ihren Maschinen Routineaufgaben zu übernehmen. Damit würden sie jene entlasten, die ihre Flugzeuge in den Einsatz entsenden möchten.

Ein wichtiger Punkt ist auch das Thema „Preisschilder". Denn wer sparen will, der muss zunächst wissen, wie viel er ausgibt. Die Sparerfolge, die Pooling und Sharing zugeschrieben werden, sind zumeist nicht belegbar. Auch die Kosten der Nicht-Kooperation sind schwer zu beziffern. Jede Leistung, die in den Streitkräften Europas oder von ihnen erbracht wird, braucht deshalb ein Preisschild.

Die Ermittlung von Preisen ist zwar schwierig, jedoch nicht unmöglich. Die

Europäisches Gemeinschaftsprojekt Airbus-Transporter A400M.

Foto: EADS

EADS in Ottobrunn – auch in diesem Unternehmen gewinnt das Thema „Industrielle Arbeitsteilung in Europa" an Bedeutung.

NATO hat bereits eine Liste von Einsparungen durch P&S-Projekte vorgelegt.

Ferner gilt es, industrielle Sparpotentiale zu nutzen. Die bisherigen Projekte zielten und zielen vor allem auf schnelle Erfolge von P&S, um eine positive Grundstimmung zu erzeugen. Die wirklichen Spareffekte liegen aber im dauerhaften Engagement und in Gemeinsamkeit. Dafür müssen die Staaten die Entwicklung ihrer Fähigkeiten und den Rüstungsprozess aufeinander abstimmen. Dies beginnt bei den stark rückläufigen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten und setzt sich über die gemeinsame Beschaffung gleicher Ausrüstung fort. So kann auch das erhebliche Sparpotential bei den nationalen Kapazitäten der Rüstungsindustrien Europas selbst erschlossen werden.

Foto: Ramadier (Airbus)

Umgekehrt ergeben sich aus den Stärken und Spezialisierungen der einzelnen nationalen Hersteller und Zulieferer Ansatzpunkte für eine künftige industrielle Arbeitsteilung in Europa.

Pool für europäische Projekte

Zum Schluss gilt es nachzudenken über gemeinsame (Re-)Investitionspools als Anreiz zum kooperativen Sparen.

Die Finanz- und Verteidigungsminister der EU sollten als Anreiz, um beim Schließen gemeinsamer Lücken zu europäischen Lösungen zu kommen, einen gemeinsamen Investitionspool schaffen, gespeist aus eingesparten Verteidigungsmitteln.

Dieser Pool sollte den Staaten für gemeinsame Projekte zur Verfügung stehen – unter der Voraussetzung, dass sie Eigenanteile in gleicher Höhe beisteuern und die Projekte zu Einsparungen führen. Im Vergleich zu individuellen Beschaffungen stünde dann den EU-Verteidigungsministern die doppelte Summe zur Verfügung. Dafür müssten sie sich jedoch auf gemeinsame Beschaffungen einigen. Die Einsparungen aus diesen Projekten sollten in den Pool zurückfließen, die höhere Effizienz im Betrieb käme den Staaten zugute.

Diese langfristig effizientere Nutzung der Verteidigungshaushalte könnte gegenüber den Finanzministern als Argument dienen, um sie zur Freigabe entsprechender Mittel zu bewegen.

Das Startkapital sollte von jenen Staaten als zinsloses Darlehen vorgestreckt werden, die von dem Investitionspool politisch und militärisch-industriell in besonderem Maße profitieren: Deutschland, Frankreich und Großbritannien.

Dr. Christian Mölling ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe „Sicherheitspolitik" der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)/ Deutsches Institut für internationale Politik und Sicherheit in Berlin. Mölling arbeitete in den vergangenen Jahren unter anderem am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, am Deutschen Institut für Menschenrechte in Berlin, als Gastwissenschaftler am Instutute for Security Studies der EU in Paris, als Gastwissenschaftler am Royal United Services Instutute for Defence and Security Studies in London, als Gastwissenschaftler beim International Security Information Service in Brüssel, als Gastmitarbeiter in der Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU in Brüssel, als Gastwissenschaftler an der Foundation pour la Recherche Stratégique in Paris und am Center for Security Studies in Zürich.

Brüssel (Belgien). **Die letzten zwölf Monate haben den Europäern und insbesondere Deutschland zwei harte strategisch-militärische Lektionen beschert. Diese sind mit dem Libyen-Einsatz der NATO und mit der neuen US-amerikanischen Sicherheitsstrategie verbunden und werfen entscheidende Fragen zur Zukunft der Einsatzfähigkeit des NATO-Bündnisses und der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union auf.**

In seinem nachfolgenden Gastbeitrag beklagt der Europaparlamentarier Reinhard Bütikofer (Bündnis 90/Die Grünen), dass die drängenden Fragen zwar im Raume stehen, eine breite öffentliche Debatte bislang jedoch ausblieb.

MdEP Reinhard Bütikofer:

Zusammenarbeit als letzte Chance

Beide strategisch-militärische Lektionen weisen glasklar in eine und dieselbe Richtung, sind Anlass zur Sorge und werden doch in Berlin allenfalls intern in Fachkreisen diskutiert.

Wenn bereits die sicherheitspolitischen Experten in Politik, Militär und Wissenschaft sich durch Zurückhaltung auszeichnen, muss niemanden wundern, dass es keinerlei breite öffentliche Debatte über die Zukunft der Einsatzfähigkeit des NATO-Bündnisses und der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union gibt. Allerdings ist dies fatal.

Foto: Richard (NATO)

Französische Mirage bei der Libyen-Operation „Unified Protector" der NATO.

Foto: NATO

Jubelszenen in Libyens Hauptstadt Tripolis nach dem Sturz des Gaddafi-Regimes.

Egal, wie man politisch zum NATO-Einsatz in Libyen steht – die von Frankreich und Großbritannien geführte Mission hat eine Realität an den Tag gebracht, die jetzt all diejenigen erschrecken muss die meinen, dass Europa zumindest über beschränkte, militärische Einsatzfähigkeiten verfügen sollte.

Zwar kann der Libyen-Einsatz als Erfolg betrachtet werden, weil die militärischen Ziele alle erreicht wurden und im Vergleich zu anderen Interventionen nur geringe Opfer unter der Zivilbevölkerung verursacht wurden. Doch das strategisch Bemerkenswerte an diesem Einsatz war die Tatsache, dass er nur in recht beschränktem Umfang wirklich ein europäischer war.

Ohne die massive Unterstützung durch die USA beispielsweise im Bereich der Aufklärung oder bei der Verwendung von sogenannten Smart Bombs wären die beiden größten Armeen Europas vielleicht an Gaddafis Söldnertruppe gescheitert. Oder es hätte aus Mangel an präzisen Informationen und Smart Bombs sehr viele Opfer unter Zivilisten gegeben, was die öffentliche Meinung in Europa wohl gegen den Einsatz gekehrt hätte.

Kurz: Sogar die beiden großen militärischen Kräfte in Europa können mit ihren immer noch relativ hohen Verteidigungsbudgets keinen Einsatz dieser Größenordnung leisten.

USA setzt neue Schwerpunkte

Die zweite Lektion ist, dass die USA so klar wie noch nie zuvor uns Europäern und dem Rest der Welt kommuniziert haben, wo ihr sicherheitspolitischer und militärischer Fokus von nun an liegen wird: im asiatisch-pazifischen Raum.

Die relevanten strategischen Dokumente lassen diesbezüglich an Klarheit nichts zu wünschen übrig und die praktischen militärischen Konsequenzen werden durch die Umstrukturierung der US-Kräfte in Europa und die Entsendung von zusätzlichen maritimen Kräften in den Pazifik längst Stück für Stück umgesetzt. Das bedeutet für Europa, dass die USA

nicht mehr automatisch mit ihren Kapazitäten bereit stehen, um eklatante europäische Fähigkeitslücken auszufüllen.

Eine Umkehr dieser strategischen Entwicklung ist nicht zu erwarten, denn es gibt für sie in den USA Unterstützung aus beiden Parteien. Verteidigungsminister Panetta hat das zuletzt bei seinem Auftritt vor dem Shangri-La Dialogue Forum in Singapur bekräftigt.

Zusammen genommen führen die hier angerissenen Lektionen zu einer nicht zu ignorierenden Konsequenz. Europa muss, ob in NATO oder EU, ein eigenständiges und einsatzfähiges Set an Fähigkeiten entwickeln, wenn es in Zukunft militärisch zumindest auf Konflikte niedriger oder mittelhoher Intensität in seiner näheren Nachbarschaft vorbereitet sein will.

Das ewige Lamento über die Unfähigkeit oder Unwilligkeit der meisten Europäer, wenigstens zwei Prozent in Militärausgaben zu stecken, war aus Washington beim Abgang von Verteidigungsminister Gates noch einmal zu hören. Nachfolger Panetta hat sich damit – insofern Realist – nicht lange aufgehalten. Die Debatte ist lange vorbei, zumal im Angesicht der Finanzkrisen.

Zudem gehöre ich nicht zu denjenigen, die der Annahme folgen, man könne direkte Rückschlüsse von der Höhe der Verteidigungshaushalte auf die Fähigkeiten und die Einsatzfähigkeit ziehen. Gerade der Libyen-Einsatz zeigt, dass zwei große Nachbarländer, die mehr als zwei Prozent ihres Bruttoinlandproduktes für Verteidigung ausgeben und eine „Tradition" der Auslandseinsätze haben, anscheinend nicht auf der Höhe waren. Man kann auch viel Geld unwirksam investieren. Mir fallen dabei etwa die Nuklearstreitkräfte beider Nationen ein, die Unsummen verschlingen.

Aber auch in Deutschland und anderen europäischen Ländern wird trotz Finanzkrise und schrumpfender Verteidigungshaushalte weiter in Projekte investiert, bei denen es wohl in erster Linie um Wirtschaftsförderung oder Industriepolitik geht. Aber weniger um effektive Sicherheit oder den Schutz der Soldatinnen und Soldaten, die, wenn schon, mit möglichst guter Ausrüstung in Einsätze geschickt werden sollten. Man könnte hier – mit Blick auf Deutschland – Projekte wie MEADS nennen.

Was folgt aus alledem? Wenn alle europäischen Staaten gravierende Fähigkeitslücken haben und nicht in der Lage sind, jenseits von reinen Stabilisierungsmissionen gemeinsame Missionen zu unternehmen; wenn alle Europäer einen enormen Druck auf ihre Verteidigungshaushalte erleben und vom Trend her das Geld in diesem Bereich eher knapper als üppiger werden wird; wenn Europa zu seiner Sicherheit aber andererseits mehr selbst wird leisten müssen, dann gibt es eine einzige rationale Antwort: Kooperation, Kooperation, Kooperation!

Hochgesteckte Ziele der EU

Um den Pooling-und-Sharing-Prozess zu verstehen, muss man einen Schritt zurückgehen. 1999 hatten die Staats- und Regierungschefs der EU mit den Helsinki Headline Goals beschlossen, bis zum Jahr 2003 rund 50 000 bis 60 000 Kräfte – inklusive Marine und Luftwaffe – für zwei parallele Missionen, die innerhalb von 60 Tagen starten sollten und bis zu einem Jahr dauern sollten, zu generieren. 2003 waren diese Fähigkeiten jedoch de facto nicht verfügbar, und so beschloss man das gleiche Ziel für 2010.

Um die Fähigkeiten zu generieren, wurden Capability Commitment Conferences abgehalten und Fähigkeitskataloge geführt. Die verschiedenen Produkte wie European Capability Action Plan, Capability Development Mechanism, Capability Improvement Chart und Progress Catalogue konnten nicht darüber hinwegtäuschen, dass man sich über elf Jahre lang in erster Linie damit beschäftigte, regelmäßig Lücken zu identifizieren. Ein Lichtblick war in dieser Zeit die Schaffung der

Fortsetzung Seite 50

Foto: Bumgardner (U.S. Army)

Bald schon ein Bild mit Seltenheitswert? Übung „Ready Crucible" der U.S. Army Europe/1st Armored Division bei Frankfurt.

Fortsetzung von Seite 49

Battlegroups 2007, deren Methodologie strikter war und auch zu mehr oder weniger wirklich einsatzfähigen, wenn auch sehr kleinen Einheiten führte.

Im Herbst 2010 initiierten der schwedische und der deutsche Verteidigungsminister dann den totalen Systembruch beim EU-Treffen in Gent (Belgien): Sie schlugen Pooling und Sharing vor. Die Methode besteht darin, dass alle Mitglieder all ihre Fähigkeiten unter verschiedenen Kategorien auf ihre Kooperationsfähigkeit hin screenen. Erstens: Solche, die sie als exklusiv national einschätzen. Zweitens: Solche, die geteilt werden können. Drittens: Solche, die gepoolt werden können.

Die neue Methode sollte zu ganz vielen ganz konkreten Kooperationsprojekten führen. Man vermutetete nämlich, dass die meisten Fähigkeiten im Bereich Pooling and Sharing liegen würden. Im Dezember 2010 wurde die Initiative auch offiziell durch einen Beschluss der Minister eine EU-Initiative.

Schwacher politischer Wille

Bis zum Frühjahr meldeten die nationalen Generalstäbe bis zu 300 potentielle Projekte für Pooling and Sharing an den Vorsitzenden des EU-Militärausschusses. Zusammen mit den nationalen Stellen und der europäischen Verteidigungsagentur wurde bis zum November 2011 an konkreten Projekten gearbeitet. Im November wurden dann zwölf konkrete Projekte beschlossen. Weitere könnten theoretisch folgen.

Das Europäische Parlament hat diesen Prozess besonders intensiv im zweiten Halbjahr 2011 durch den sogenannten Lisek-Bericht zum Verteidigungssektor und der Finanzkrise begleitet *(Anm.: siehe Interview gegenüberliegende Seite)*. Mit der Annahme des Berichts ist dem Parlament sicherlich ein guter Beitrag zur Debatte gelungen, doch auch hier war auffällig, wie peripher die Diskussion um Leadership und politischen Willen geführt wurde.

Foto: NIM Belgien

Auftakt des informellen Treffens der EU-Verteidigungsminister 2010 in Gent.

Egal, ob Konservative, Sozialisten oder Liberale, keinem fiel auf, dass der politische Motor für das ganze Unterfangen gar nicht mehr rund drehte und dass der Prozess deswegen bereits kurz nach dem Start erheblich ins Stottern geraten war. Zwar waren die nationalen und europäischen militärischen Experten in der Lage, hunderte von Ideen zu entwickeln, doch für deren Umsetzung brauchte es die Politik und den Willen – und eben Leadership.

Wir Grüne haben deswegen das Weimarer Dreieck – also Polen, Frankreich und Deutschland – als potentiellen Motor für Pooling and Sharing ins Spiel gebracht. Theoretisch wäre zumindest Pooling and Sharing ein ideales Feld für die drei Länder, die aufgrund ihrer Größe und Struktur ein inhärentes Interesse an besonders intensiver Kooperation haben müssten. Parallel zu unserem Werben für das Weimarer Dreieck hatten drei führende Denkfabriken aus Polen, Frankreich und Deutschland in einem Papier eben dies gefordert und dazu drei kurz- bis langfristige Weimar-„Pooling and Sharing"-Projekte vorgeschlagen.

Und die Zeit läuft ab

Man muss leider sagen, dass sich Berlin – das heißt insbesondere die Bundesregierung und ganz im Besonderen der aktuelle deutsche Verteidigungsminister – als Haupthindernis für eine Weimar-Rolle im „Pooling and Sharing"-Prozess herauskristallisiert hat. Die recht europaskeptische Haltung des Ministers war ja bereits mehrfach in Interviews nachzulesen, doch hatte anscheinend auch das Werben der Partnerländer keinerlei Effekt.

Deutschland ist das Land, welches am meisten von der militärischen Westbindung in der Vergangenheit und in der Gegenwart profitiert. Deutschland wird diese Dimension der Westbindung jetzt de facto aufgeben, wenn es sich nicht im „Pooling and Sharing"-Prozess so engagiert, wie es seiner Größe und Struk-

Erfolgsstory Weimarer Dreieck.

tur eigentlich entsprechen würde. Da die NATO mit Smart Defense ein zu Pooling and Sharing identisches Programm fährt und es in der Hinsicht keinerlei Konkurrenz gibt, verwundert die Haltung der Bundesregierung noch mehr.

Auch die USA sind offene und uneingeschränkte Unterstützer von Pooling and Sharing, weil sie ganz klar sehen, dass es die einzig verbleibende Möglichkeit ist, zumindest ein Minimum an militärischer Handlungsfähigkeit in Europa zu generieren.

Doch die Zeit läuft gnadenlos ab. Die aktuellen zwölf Projekte werden wohl leider nicht den Schub bringen, der die Lage tatsächlich verändern wird – Herr Verteidigungsminister, übernehmen Sie!

Reinhard Bütikofer, Jahrgang 1953, studierte nach seinem Abitur am Staatlichen Altsprachlichen Gymnasium Speyer ab 1971 in Heidelberg Philosophie,

Geschichte, Alte Geschichte und zeitweise Sinologie. Einen Studienabschluß machte der gebürtige Mannheimer nicht.
Seine politische Karriere bei den Grünen begann 1984. Bis 1987 war Bütikofer Fraktionsvorsitzender der Grün-Alternativen Liste (GAL) im Heidelberger Stadtrat. Im Jahr 1988 wurde er in den Landtag von Baden-Württemberg gewählt. Dort war er finanz- und haushaltspolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion, ein Jahr auch stellvertretender Fraktionsvorsitzender.
1997 wurde Bütikofer Landesvorsitzender der baden-württembergischen Grünen. Anderthalb Jahre später, Ende 1998, wurde er zum Politischen Bundesgeschäftsführer von Bündnis 90/Die Grünen gewählt. 2000 wurde er in dieser Funktion wiedergewählt. Er war von 1998 bis 2008 Mitglied des Parteirates.
Als Politischer Bundesgeschäftsführer und Vorsitzender der Grundsatzprogrammkommission trug Reinhard Bütikofer maßgeblich zur Neufassung des Grünen-Grundsatzprogramms bei. Von Ende 2002 bis Ende 2008 war er Bundesvorsitzender von Bündnis 90/DIE GRÜNEN.
Im Juni 2009 wurde der Politiker für die Legislaturperiode 2009 bis 2014 zum Mitglied des Europaparlaments gewählt. Er ist Sprecher der Europagruppe GRÜNE sowie Stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Schatzmeister der Fraktion DIE GRÜNEN/Europäische Freie Allianz (EFA).
In Brüssel arbeitet Bütikofer u.a. in folgenden Gremien mit: Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (ITRE), Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten (AFET) sowie Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE).

Foto: Marszałek-Verlag

Weckruf für Europa

***Brüssel (Belgien).* Die Eurokrise führte in den Verteidigungshaushalten vieler EU-Staaten zu Kürzungen. Dies könne auch zum Verlust militärischer Fähigkeiten in Europa führen, warnt der polnische Christdemokrat Krzysztof Lisek.**

Die Redaktion „Europäisches Parlament" (EP) sprach mit ihm über die Zukunft der EU-Verteidigungspolitik. Das Interview in Auszügen:

Abgeordneter Krzysztof Lisek (r.).

Foto: Flemal (EU)

EP: Die Krise trifft alle. Ist die Verteidigungsindustrie da wirklich so wichtig?

Lisek: *Verteidigung und Sicherheit sind unverzichtbar. Man muss sich klarmachen, dass ein Großteil der Aktivitäten in diesem Bereich langfristig geplant werden – es ist unmöglich, innerhalb von zwei Jahren zu einem weltweit einflussreichen Akteur zu werden. Deshalb weisen wir jetzt auf Aufgaben bzw. Probleme hin, die wir so rasch wie möglich in Angriff nehmen müssen, deren Auswirkungen aber erst später deutlich werden.*

EP: Sie sehen die Krise als Chance, die Verteidigungspolitik der EU-Mitglieder noch mehr zusammenzulegen. Wie könnte das aussehen?

Lisek: *Ich denke, die Krise könnte ein Weckruf für Europa sein, damit wir endlich unser Potenzial nutzen und mit einer Stimme als globaler Akteur auftreten. Wenn es um die Bündelung und gegenseitige Nutzung unserer Verteidigungskapazitäten geht, denke ich vor allem an strategischen und taktischen Transport, logistische Unterstützung, Wartung, Weltraumnutzung, computergestützte Verteidigung und auch medizinische Betreuung, Ausbildung und Training.*
Dazu gehört etwa die gemeinsame Nutzung unserer Transporthubschrauber, von Luft-Luft-Betankung, Seeüberwachung, unbemannter Fahrzeuge, Schutz gegen chemische, biologische, radiologische und nukleare Bedrohungen, Satelliten-Kommunikation und vieles mehr.

EP: Die EU-Staaten geben gemeinsam rund 200 Milliarden Euro pro Jahr für Verteidigungsausgaben aus. Wie könnte dieses Geld effizienter genutzt werden?

Lisek: *Wir möchten mehr Zusammenarbeit zwischen der EU und der NATO – gemeinsame Standards und Interoperabilität. Ich glaube, die Europäische Verteidigungsagentur sollte hier eine einflussreichere Rolle spielen. Auch sollte Ausrüstungsgegenstände stärker standardisiert werden und wir sollten einen einheitlichen europäischen Markt für Verteidigungsgüter schaffen.*